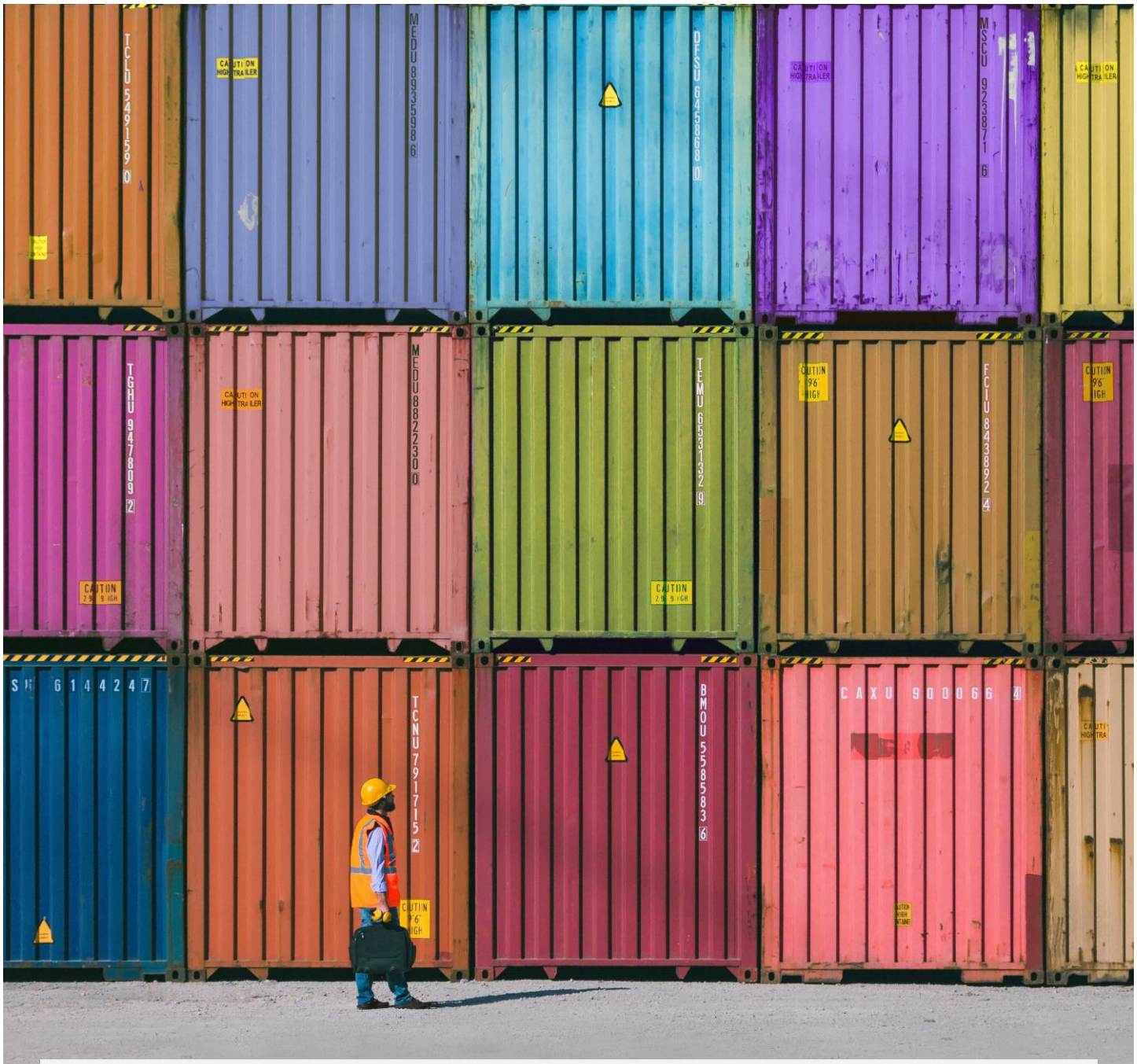
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft



Wachstumseffekte von Freihandelsabkommen für Deutschland und die EU

Focus Paper | #30

BertelsmannStiftung

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
November 2025

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Thieß Petersen
Senior Advisor
Telefon +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Etienne Höra
Project Manager
Telefon +49 5241 81-81197
etienne.hoera@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

Autoren
Thieß Petersen
Etienne Höra
Julian Hinz
Hendrik Mahlkow

Lektorat
Paul Kaltefleiter

Bildnachweis
Titelfoto: © Getty Images/iStockphoto.com/serts

Wachstumseffekte von Freihandelsabkommen für Deutschland und die EU

Thieß Petersen, Etienne Höra, Hendrik Mahlkow, Julian Hinz

Inhalt

Abbildungen 5

Textboxen 6

1 Herausforderungen 7

2 Szenarien im Überblick 9

3 Methodische Grundlagen 12

4 Theoretische Grundlagen 14

5 Zentrale Ergebnisse der Simulationsrechnungen 17

5.1 Ökonomische Folgen für die EU 18

5.2 Ökonomische Folgen für ausgewählte Nicht-EU-Länder 26

5.3 Sektorale Ergebnisse für Deutschland 33

6 Einordnung der Simulationsergebnisse 36

6.1 Ausmaß der berechneten BIP-Effekte 36

6.2 Realisierungschancen der angenommenen Szenarien 39

6.3 Schlussfolgerungen 40

Executive Summary 43

Anhang 45

Anhang 1: BIP-Effekte in der kurzen Frist 45

Anhang 2: BIP-Effekte in der langen Frist 46

Anhang 3: BIP-Effekte für Deutschland und die EU in Euro 47

Literatur 48

Abbildungen

Abbildung 3.1: Stilistische Darstellung der BIP-Entwicklung mit und ohne neue Freihandelsabkommen im Zeitverlauf 13

Abbildung 4.1: Auswirkungen einer Reduktion des Importzolls auf das Gütermarktgleichgewicht 15

Abbildung 4.2: Auswirkungen einer höheren Güternachfrage auf das Gütermarktgleichgewicht 16

Abbildung 5.1: Kurzfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen 19

Abbildung 5.2: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen 20

Abbildung 5.3: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für die EU 21

Abbildung 5.4: Kurzfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen 22

Abbildung 5.5: Langfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen 23

Abbildung 5.6: Langfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für die EU 24

Abbildung 5.7: Kurzfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen 25

Abbildung 5.8: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen 25

Abbildung 5.9: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für die EU 26

Abbildung 5.10: Kurzfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Nicht-EU-Länder 28

Abbildung 5.11: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für ausgewählte Nicht-EU-Länder 29

Abbildung 5.12: Kurzfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Nicht-EU-Länder 30

Abbildung 5.13: Langfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für ausgewählte Nicht-EU-Länder 31

Abbildung 5.14: Kurzfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Nicht-EU-Länder 32

Abbildung 5.15: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für ausgewählte Nicht-EU-Länder 33

Abbildung 5.16: Kurz- und langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Sektoren in Deutschland 34

Abbildung 5.17: Kurz- und langfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Sektoren in Deutschland 34

Abbildung 5.18: Kurz- und langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Sektoren in Deutschland 35

Textboxen

Box 1: Vorteile von Freihandelsabkommen 8

Box 2: Kosten von Freihandelsabkommen 11

Die von Donald Trump angedrohten und teilweise auch schon umgesetzten Importzölle bremsen das Wachstum in Deutschland und vielen anderen exportstarken EU-Volkswirtschaften spürbar. Eine mögliche EU-Antwort auf die US-Zollpolitik besteht darin, die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern zu intensivieren. Das umfasst sowohl den Abschluss neuer Freihandelsabkommen als auch den Ausbau der bereits bestehenden Freihandelsabkommen der EU. Um die potenziellen Wachstumseffekte abzuschätzen, die sich aus einer umfassenden Freihandelsinitiative der EU ergeben könnten, hat das Kiel Institut für Weltwirtschaft im Auftrag der Bertelsmann Stiftung Simulationsrechnungen für entsprechende Szenarien erstellt. In einem **ersten Szenario** wird der Abschluss von neuen Freihandelsabkommen mit 26 Ländern aus Asien, Südamerika und Afrika sowie Australien betrachtet. Das **zweite Szenario** simuliert die ökonomischen Folgen einer Vertiefung der bestehenden Freihandelsabkommen, die die EU momentan mit 47 Ländern hat. Das **dritte Szenario** fasst die beiden ersten Szenarien zusammen, d. h., es betrachtet den Abschluss der neuen Freihandelsabkommen in Kombination mit der Vertiefung aller bestehenden Abkommen.

1 Herausforderungen

Seit der durch die Lehman-Pleite im September 2008 ausgelösten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nehmen protektionistische Maßnahmen weltweit zu, beschleunigt durch diverse Krisen und die immer engere Verknüpfung von Wirtschaft und Geopolitik. Die Erhöhung von Importzöllen und die Einführung anderer Handelshemmnisse bremsen den internationalen Handel mit Waren und Dienstleistungen. Vor allem für exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland und viele andere europäische Volkswirtschaften stellt das eine Wachstumsbremse dar, gerade vor dem Hintergrund einer generell schwachen Konjunktur. Die von der aktuellen US-Regierung angekündigten und teilweise bereits umgesetzten Zollerhöhungen verschärfen diese wachstumsdämpfenden Entwicklungen.

Eine mögliche europäische Antwort auf nachlassende Handelsmöglichkeiten mit den USA ist die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit anderen Ländern und Regionen. Dies lässt sich u. a. durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen und die Vertiefung bereits bestehender Abkommen der EU erreichen. Solche Abkommen können über sinkende Zölle und nicht tarifäre Handelshemmnisse den grenzüberschreitenden Güteraustausch forcieren und so Produktion und Einkommen steigern. Darüber hinaus haben sie zusätzliche positive ökonomische Effekte (siehe Box 1).

Box 1: Vorteile von Freihandelsabkommen

Im Rahmen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und anderen Ländern werden bestehende Handelsbarrieren in unterschiedlichem Ausmaß abgebaut. Das erleichtert den grenzüberschreitenden Handel von Waren und Dienstleistungen zwischen den beteiligten Volkswirtschaften. Die direkte Wirkungsweise des Abbaus von Handelshemmnissen auf das **Wirtschaftswachstum** wird im vierten Abschnitt näher erläutert. Daneben haben Freihandelsabkommen weitere Vorteile. So kann beispielsweise die EU durch solche Abkommen eine Diversifizierung ihrer Zuliefererbeziehungen erreichen und so kritische Abhängigkeiten von einzelnen Ländern reduzieren. Das betrifft sowohl **Importabhängigkeiten** – allen voran die Versorgungssicherheit bei Energie und kritischen Rohstoffen – als auch **Exportabhängigkeiten**. Zudem hat eine Diversifizierung der Handelsbeziehungen zur Folge, dass die ökonomischen Schäden durch plötzliche **Lieferkettenunterbrechungen** geringer ausfallen, weil die EU im Fall ausbleibender Importe auf andere Zulieferer zurückgreifen kann (vgl. Stoll 2025: 19–21). Diese Vorteile haben dann auch wieder positive wirtschaftliche Konsequenzen: Wenn Unternehmen weniger Ressourcen aufwenden müssen, um sich gegen drohende Lieferkettenunterbrechungen oder ausbleibende Rohstoffimporte abzusichern, reduziert das ihre Produktionskosten. Die Folge sind sinkende Güterpreise und eine wachsende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Außerdem können die dadurch freigesetzten Ressourcen für produktivere Zwecke genutzt werden.
Darüber hinaus kann die EU den erleichterten Zugang zum EU-Binnenmarkt nutzen, um ihre **geopolitischen Ziele** besser durchzusetzen. So könnte die EU die Größe und Kaufkraft ihres Binnenmarktes dahin gehend einsetzen, dass der einfachere Zugang zu diesem Markt nur gewährt wird, wenn die Handelspartner ein kooperatives Verhalten an den Tag legen. Schließlich können weitgehende bilaterale Freihandelsabkommen der EU die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sie ihre rechtlichen Regeln zu internationalen Standards machen kann. Schon die Größe des EU-Binnenmarktes stellt für Anbieter außerhalb der EU einen Anreiz dar, sich den Produkt- und Umweltschutzstandards der EU anzupassen – sonst können sie ihre Produkte nicht in der EU verkaufen. Und wenn beispielsweise ein indonesisches Unternehmen seine Produkte an die EU-Standards angepasst hat, ist sein Interesse groß, diese hohen Standards auch auf dem indonesischen Heimatmarkt und für den Export in Drittländer zu etablieren. Anderenfalls müsste das Unternehmen zwei Produktvarianten herstellen, was mit höheren Kosten verbunden wäre. So kann die EU ihre hohen Standards in zentralen Bereichen (also den Bereichen Verbraucherinnenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, Lebensmittelrecht, Datenschutz usw.) zu internationalen Standards machen. Dies wird als **Brüssel-Effekt** bezeichnet (vgl. Felbermayr et al. 2021: 78 f.). Werden diese Regeln in einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und anderen Ländern umgesetzt, vergrößert das den Anreiz für Anbieter im Rest der Welt, ihre Produkte an diese Standards anzupassen.
Diese und weitere positive Effekte, die sich aus einer stärkeren bilateralen Kooperation ergeben können, können in den hier durchgeführten Simulationsberechnungen nicht berücksichtigt werden. Die hier ausgewiesenen Wachstumseffekte sind jene Effekte, die aus der Reduzierung der Kosten resultieren, die das Ergebnis von geringeren Zöllen und nicht tarifären Handelshemmnissen ist.

Um eine bessere Einschätzung bezüglich der erwartbaren Wachstumseffekte zu erhalten, die sich durch so eine Vertiefung des Außenhandels für Deutschland und die EU ergeben könnten, hat das Kiel Institut für Weltwirtschaft im Auftrag der Bertelsmann Stiftung entsprechende Simulationsrechnungen durchgeführt. Sie schätzen die Auswirkungen der Verringerung von Handelshemmnissen zwischen der EU und ausgewählten Ländern bzw. Regionen auf die weltwirtschaftliche Entwicklung. Das betrifft neben den Folgen einer Handelsintensivierung für das reale Bruttoinlandsprodukt (im Folgenden: BIP) auch Konsequenzen für das gesamtwirtschaftliche Preisniveau.

2 Szenarien im Überblick

Für die Simulationsberechnungen sind drei Szenarien und ein Basisszenario entwickelt worden. Das **Basisszenario** dient als Vergleichssituation bzw. Referenzszenario für die drei Freihandelsszenarien. In ihm wird eine vergleichsweise moderate US-Zollpolitik angenommen. Das bedeutet, dass die USA Importzölle vor allem auf Stahl, Aluminium und Autos erheben. Die angenommenen Zollsätze betragen 25 Prozent. Außerdem wird davon ausgegangen, dass sich die protektionistische amerikanische Zollpolitik vor allem gegen China wendet. Die Zollsätze auf chinesische Produkte liegen daher in diesem Referenzszenario bei 30 Prozent. Das entspricht dem Durchschnittszoll nach den jüngsten Vereinbarungen zwischen den USA und China (Stand: 17. Juni 2025). Die von Donald Trump am sogenannten „Liberation Day“ verkündeten Zölle sind nach unserer Ansicht kein realistisches Szenario. Bei derart hohen Zöllen würden die USA erhebliche ökonomische Schäden durch ihre eigene Zollpolitik erleiden, allen voran einen unmittelbaren massiven Anstieg der heimischen Inflationsrate, aber auch ein schwächeres Wirtschaftswachstum (vgl. IfW 2025a). Für diese These spricht auch, dass Trump angesichts starker negativer Reaktionen der Finanzmärkte die Zölle teilweise schon im April für 90 Tage aussetzte – nach eigener Aussage, um auf Verhandlungsangebote anderer Länder einzugehen. Wie groß die wirtschaftlichen Kosten sind, die die Trump-Administration für ihre Zollagenda zu tragen bereit ist, bleibt eine offene Frage. Eine vollständige Abschaffung der Zusatzzölle erscheint jedoch wenig wahrscheinlich.

Im **ersten Szenario** wird der gleichzeitige Abschluss neuer Freihandelsabkommen der EU mit einer Reihe von Ländern angenommen. Die EU schließt in diesem Szenario entsprechende Abkommen mit den Ländern der Vereinigung südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, kurz ASEAN) ab. Gegenwärtig gehören zehn Länder zu dieser Vereinigung: Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam. Weitere Abkommen werden mit Indien geschlossen und mit den MERCOSUR-Staaten (Mercado Común del Sur, zu Deutsch: Gemeinsamer Markt des Südens), also mit Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Hinzu kommen Freihandelsabkommen mit Australien und den aktuell elf Ländern der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States, kurz ECOWAS; Länder: Benin, Cabo Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana,

Guinea-Bissau, Liberia, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo).[1] In der Summe sind somit 28 Länder von diesen Abkommen betroffen. Allerdings hat die EU bereits mit Singapur und Vietnam ein Freihandelsabkommen, sodass die EU in diesem Szenario mit **26 Ländern** neue Abkommen abschließt.

Freihandelsabkommen können eine unterschiedliche **Tiefe** haben. Wenn lediglich die Importzölle im Rahmen eines solchen Abkommens eliminiert bzw. weitgehend abgeschafft werden, ist das ein nicht besonders weitgehendes Freihandelsabkommen bzw. ein sehr flaches Abkommen. Werden auch nicht tarifäre Handelshemmnisse abgeschafft, nimmt die Tiefe des Abkommens zu. Besonders weitgehende Abkommen enthalten zudem Regelungen zum Dienstleistungshandel, zu Investitionen und Produktstandards, zum öffentlichen Beschaffungswesen, zu Fragen des Wettbewerbs und Subventionen sowie zu den Rechten am geistigen Eigentum. Die Design of Trade Agreements (DESTA) Database ordnet bestehende Freihandelsabkommen darauf basierend in sieben Kategorien ein, von 1 für „sehr flach“ bis 7 für „sehr tief“ (vgl. Dür, Baccini und Elsig 2014).

Die in dem **ersten Szenario** simulierten Freihandelsabkommen sind flache Abkommen. Es werden alle gegenseitigen Zölle eliminiert und nicht tarifäre Handelshemmnisse gegenseitig um durchschnittlich 5,5 Prozent reduziert. Grund für die Entscheidung für diese Annahme ist, dass flache Abkommen weniger Regelungspunkte umfassen und daher schneller verhandelt sowie umgesetzt werden können.

Im **zweiten Szenario** wird angenommen, dass die EU ihre bereits bestehenden Freihandelsabkommen vertieft. Nach der Zählung der WTO (World Trade Organization, zu Deutsch: Welthandelsorganisation) hat die EU gegenwärtig mit 47 Ländern Freihandelsabkommen (vgl. Stoll 2025: 9 f.). Sie zeichnen sich jedoch durch eine unterschiedliche Tiefe aus. Die Tiefe eines Freihandelsabkommens bezeichnet das Ausmaß, in dem Handelshemmnisse zwischen den vertragsschließenden Volkswirtschaften abgebaut werden. Dabei gilt: Je mehr Hemmnisse eliminiert werden, desto tiefer ist das Abkommen. Maßnahmen zum Abbau von bilateralen Handelshemmnissen können einerseits in der Reduktion oder Abschaffung von Zöllen bestehen. Es gibt aber auch weiter gehende Handelserleichterungen, z. B. die gegenseitige Anerkennung von Produktstandards sowie Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums, zu Subventionen und zur Wettbewerbspolitik, um nur einige zu nennen. In diesem Szenario wird das EU-Freihandelsabkommen identifiziert, das die größte Tiefe besitzt. Aktuell ist das das Abkommen mit **Südkorea**. Dieses Land hat mit der EU ein Freihandelsabkommen, das in der weiter oben genannten DESTA-Datenbank den höchsten Wert hat und daher die größte Tiefe erreicht. Zudem hat dieses

[1] Stand: 31.07.2025. Die Mitgliedschaft von Guinea wurde ausgesetzt. Die Effekte für Cabo Verde können nicht simuliert werden, da das Land nicht in der 11. Version der GTAP-Datenbank (Global Trade Analysis Project) enthalten ist, die zu den zentralen Bausteinen des hier verwendeten Simulationsmodells gehört (vgl. Hinz, Mahlkow und Wanner 2025: 10 sowie dritter Abschnitt). Hinz, Mahlkow und Wanner 2025: 10 sowie dritter Abschnitt). oject) enthalten ist, die zu den zentralen Bausteinen des hier verwendeten Simulationsmodells gehört (vgl. Hinz, Mahlkow und Wanner 2025: 10 sowie dritter Abschnitt).

Abkommen bereits seit 2011 den höchstmöglichen Wert 7. Es ist daher in der Literatur als ein besonders tiefes Freihandelsabkommen anerkannt.

Anschließend wird angenommen, dass alle bereits bestehenden Freihandelsabkommen der EU so modifiziert werden, dass sie ebenfalls diese Tiefe erreichen. In den Simulationsrechnungen erhalten sie somit ebenfalls den Wert 7 für die Tiefe der Abkommen. Die EU hat zum Zeitpunkt der Durchführung der Berechnungen Freihandelsabkommen mit folgenden 47 Ländern: Ägypten, Albanien, Algerien, Armenien, Belize, Bosnien und Herzegowina, Botswana, Chile, Costa Rica, die Dominikanische Republik, El Salvador, Georgien, Großbritannien, Guatemala, Honduras, Island, Israel, Jamaika, Japan, Jordanien, Kanada, Kolumbien, Lesotho, Libanon, Liechtenstein, Marokko, Mexiko, Montenegro, Mosambik, Nicaragua, Nordmazedonien, Norwegen, Panama, Peru, Südkorea, die Republik Moldau, die Schweiz, Serbien, Singapur, Südafrika, Surinam, Swasiland, Trinidad und Tobago, Tunesien, die Türkei, die Ukraine und Vietnam. Neben Südkorea haben sechs weitere Länder bereits ein Freihandelsabkommen der Stufe 7: Chile, Kolumbien, Peru, Japan, Singapur und Vietnam. Somit werden in diesem Szenario die Freihandelsabkommen der verbleibenden 40 Länder auf die Stufe 7 angehoben.

Eine Vertiefung aller dieser Abkommen bis hin zu einer Tiefe des Abkommens zwischen der EU und Südkorea ist aus unterschiedlichen Gründen nicht realistisch (siehe Box 2). Dennoch wird in diesem Szenario angenommen, dass alle Abkommen entsprechend vertieft werden, um eine ansonsten erforderliche willkürliche Auswahl von zu vertiefenden Abkommen zu vermeiden. Dieses Szenario ist so gesehen eine Maximalvariante, die potenzielle Wachstumseffekte einer Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen berechnet.

Das **dritte Szenario** fasst das erste und zweite Szenario zusammen. Es berechnet somit die ökonomischen Effekte, die sich ergeben, wenn die EU die genannten neuen Freihandelsabkommen abschließt und gleichzeitig bestehende Abkommen auf die Tiefe des Abkommens mit Südkorea bringt. Eine einfache Addition der beiden Szenario-Ergebnisse ist dafür nicht möglich. Wenn die EU beispielsweise ihr bestehendes Freihandelsabkommen mit Japan vertieft, nimmt der Handel zwischen der EU und Japan zu. Das hat zur Folge, dass die EU weniger Waren und Dienstleistungen aus anderen Ländern importiert bzw. in andere Länder exportiert. Der Wachstumseffekt eines im ersten Szenario angenommenen neuen Freihandelsabkommens zwischen der EU und den ASEAN-Staaten würde dadurch reduziert.

Box 2: Kosten von Freihandelsabkommen

Der Abschluss von bilateralen Freihandelsabkommen ist ein **zeitintensiver Prozess**. So begannen beispielsweise die Verhandlungen zwischen der EU und Japan über ein gemeinsames Freihandelsabkommen offiziell am 25. März 2013. Nach insgesamt 19 Verhandlungsrunden trat dieses Abkommen am 1. Februar 2019 in Kraft (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie o. J.). **Umfangreiche Verhandlungen** sind insbesondere zu erwarten, wenn es sich um tiefe Abkommen handelt, die neben Zöllen auch die weiter oben genannten zahlreichen wirtschaftlichen Aspekte umfassen. Zudem ist die Anzahl der in den Szenarien berücksichtigten Länder groß, was die Verhandlungen zusätzlich erschwert. Schnelle Verhandlungsergebnisse sind somit nicht zu erwarten.

Außerdem ist davon auszugehen, dass nicht in allen Fällen eine Einigung zwischen der EU und den involvierten Partnerländern erreicht werden kann. Wie schwer eine Einigung fallen kann, zeigen die **erfolglosen Verhandlungen** im Rahmen der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen der EU und den USA. Die Verhandlungen über dieses transatlantische Freihandelsabkommen begannen im Sommer 2013. Mit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten im November 2016 wurden sie ausgesetzt und seitdem nicht wieder aufgenommen.
Auch die **Vertiefung** bestehender Freihandelsabkommen der EU trifft auf **Widerstände** – sowohl bei den involvierten EU-Partnerländern als auch innerhalb der EU. Eine Vertiefung aller bestehenden EU-Freihandelsabkommen auf das Niveau des Abkommens mit Südkorea ist daher nicht zu erwarten.
Die **politische Umsetzung** aller hier angenommenen Handelserleichterungen ist also nicht realistisch. Dennoch erlauben es die Simulationsberechnungen, die möglichen langfristigen wirtschaftlichen Vorteile bzw. Potenziale einer solchen Freihandelsstrategie abzuschätzen.

3 Methodische Grundlagen

Die Simulationsrechnungen werden mit dem **„Kiel Institute Trade Policy Evaluation (KITE)"-Modell** durchgeführt (vgl. ausführlicher Hinz, Mahlkow und Wanner 2025). Das Modell ist speziell für die Analyse handelspolitischer Maßnahmen entwickelt worden. Es kann sowohl handelserleichternde Maßnahmen (z. B. Zollsenkungen und den Abbau von nicht tarifären Handelshemmnissen wie beispielsweise von aufwendigen Qualitätsnachweisen) als auch handelsbeschränkende Maßnahmen (z. B. die Einführung neuer bzw. die Erhöhung bestehender Importzölle und die Einführung von Wirtschaftssanktionen) analysieren. Das Modell deckt momentan über 100 Länder bzw. Regionen sowie rund 50 Wirtschaftssektoren ab.

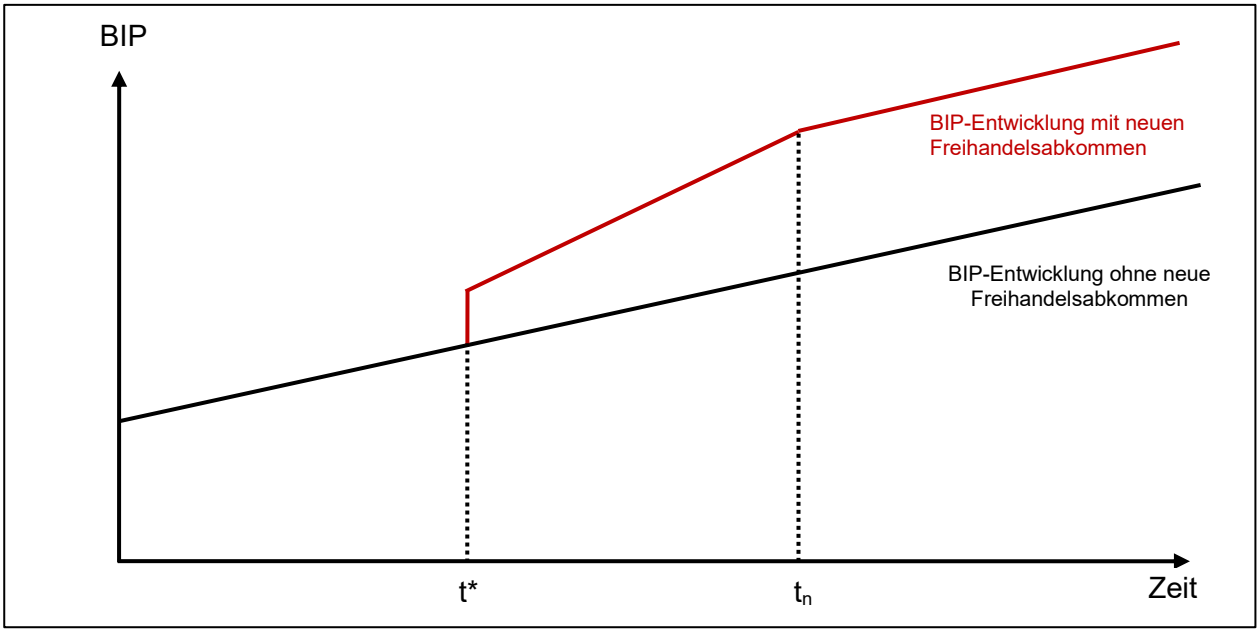
Das Modell berechnet die ökonomischen Effekte handelspolitischer Instrumente, indem die Auswirkungen einer bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahme – in diesem Fall also der Abbau von Importzöllen und anderen Handelshemmnissen – über eine Produktionsfunktion die Produktionskosten verändern. Dabei werden konstante Skalenerträge und eine vollständige Konkurrenz angenommen. Werden Konsumgüter importiert, senkt das deren Preise im Importland unmittelbar. Preisänderungen verändern das Konsumverhalten der privaten Haushalte. Das führt zu einer Veränderung der internationalen Handelsströme (also der Importe und Exporte) und somit zur Anpassung der Produktionsniveaus an das neue Nachfrageverhalten. Dies alles betrifft jeden einzelnen Sektor und damit auch das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau bzw. das BIP sowie das gesamtwirtschaftliche Preisniveau.

Das Modell kann diese Effekte sowohl für die kurze als auch für die lange Frist berechnen. **Kurzfristige Effekte** decken einen Zeitraum von zwölf Monaten ab. Im Fall von Freihandelsabkommen bezieht sich dieser Zeitraum auf die ersten zwölf Monate nach dem Inkrafttreten des Abkommens. Die **lange Frist** umfasst vier bis fünf Jahre. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Anpassungen in der Ökonomie oftmals Zeit kosten. Daher unterscheidet

sich die Höhe ökonomischer Effekte auf Preisniveau, Produktionshöhe und Handelsströme im Zeitablauf. Mit Blick auf die handelserhöhenden Effekte von Freihandelsabkommen ist zu erwarten, dass die langfristigen positiven Wachstumseffekte höher ausfallen. Der Grund dafür ist, dass sich alle Wirtschaftsakteure mit zunehmender Dauer immer besser an die neuen Regeln des internationalen Handels anpassen können und daher in der Lage sind, die wachstumserhöhenden Effekte von Freihandelsabkommen besser zu nutzen.

Die nachfolgend präsentierten Simulationsergebnisse sind wie folgt zu **interpretieren**: Sie geben an, wie sich z. B. die Höhe des deutschen BIP kurzfristig verändern würde, wenn die im jeweiligen Szenario angenommenen Maßnahmen unmittelbar durchgeführt werden würden. Sollte also beispielsweise das deutsche BIP im ersten Szenario 0,8 Prozent höher ausfallen, bedeutet dies Folgendes: Die sofortige Umsetzung der in dem ersten Szenario angenommenen neuen EU-Freihandelsabkommen hätte zur Folge, dass das deutsche BIP im ersten Jahr nach Abschluss der Abkommen 0,8 Prozent höher wäre als im Fall des Basisszenarios, in dem es die neuen Freihandelsabkommen nicht gibt. Grafisch lassen sich die damit verbundenen Entwicklungen der Höhe des BIP im Zeitablauf durch Abbildung 3.1 darstellen. Der Zeitpunkt t* ist dabei das Jahr, in dem die Handelserleichterungen in Kraft treten, die mit dem Abschluss eines neuen Freihandelsabkommens verbunden sind. Die Abstände zwischen der BIP-Entwicklung mit und ohne neue Freihandelsabkommen werden wegen der erwähnten mittel- und langfristigen Wachstumseffekte von Handelserleichterungen im Laufe der Zeit größer. Wenn sich sämtliche langfristigen Wachstumseffekte der Handelsliberalisierung eingestellt haben (t_n), verläuft die BIP-Entwicklung wieder wie in dem ursprünglichen Ausgangsfall, jedoch auf einem höheren Niveau.

Abb. 3.1: Stilistische Darstellung der BIP-Entwicklung mit und ohne neue Freihandelsabkommen im Zeitverlauf



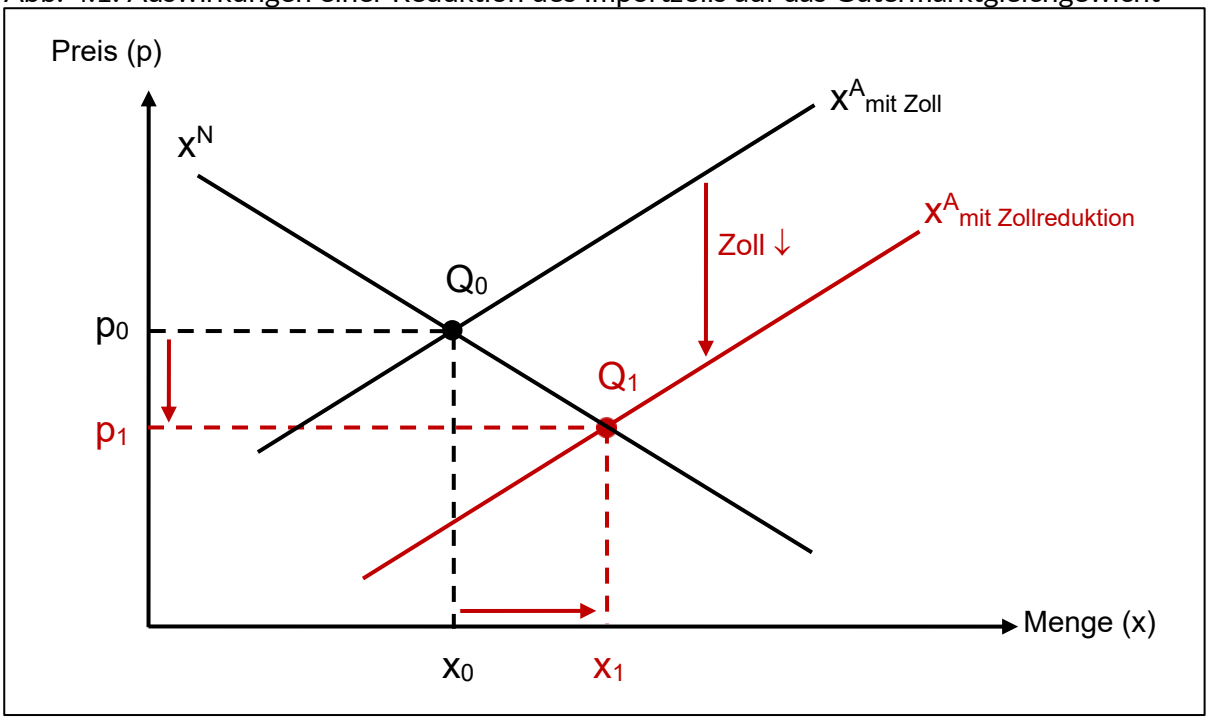
Quelle: Eigene Darstellung.

4 Theoretische Grundlagen

Bevor auf die einzelnen Simulationsergebnisse eingegangen wird, sind noch einige kurze Überlegungen zur grundsätzlichen Wirkungsweise von Handelserleichterungen angebracht. Die zentralen wachstumserhöhenden Effekte, die mit einem Abbau von Handelshemmnissen verbunden sind, lassen sich wie folgt erklären: Wenn ein Land einen Importzoll auf ausländische Produkte erhebt, verteuert das diese Produkte im importierenden Land. Eine Reduktion des Importzolls wirkt daher wie eine Preissenkung. Der Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse hat die gleiche Wirkung. In einem Preis-Mengen-Diagramm hat das folgende Konsequenzen:

- Ausgangspunkt ist eine Situation mit einem Importzoll. Die Gesamtheit aller Konsument:innen macht die Höhe der nachgefragten Gütermenge (x) von der Höhe des zu zahlenden Güterpreises (p) abhängig. Die nachgefragte Gütermenge (x^N) hängt dabei in negativer Weise vom Güterpreis ab. Je höher dieser ist, desto geringer ist die nachgefragte Gütermenge.
- Die insgesamt im Inland angebotene Gütermenge (x^A) hängt in positiver Weise vom Güterpreis ab. Bei einem geringen Preis bieten die Unternehmen nur eine kleine Gütermenge an. Je höher der Preis ist, desto größer ist die insgesamt angebotene Menge.
- Der Schnittpunkt der gesamtwirtschaftlichen Güternachfragegeraden mit der gesamtwirtschaftlichen Güterangebotsgeraden bestimmt das Marktgleichgewicht mit dem Gleichgewichtspreis p_0 und der gleichgewichtigen Gütermenge x_0.
- Wenn der Staat nun den Importzoll reduziert oder sogar komplett abschafft, können die Unternehmen jede beliebige Gütermenge zu einem geringeren Preis anbieten. Die gesamtwirtschaftliche Güterangebotskurve wird nach unten verschoben (genauer gesagt wird sie sogar nach unten gedreht, wenn sich der Zollsatz auf den Güterpreis bezieht, aber das ist für den weiteren Gang der Argumentation irrelevant).
- Das neue Marktgleichgewicht ergibt sich aus dem Schnittpunkt der unveränderten gesamtwirtschaftlichen Güternachfragegeraden und der neuen Angebotsgeraden. Dieses Gleichgewicht zeichnet sich durch einen geringeren Güterpreis ($p_1 < p_0$) und eine größere produzierte und konsumierte Gütermenge ($x_1 > x_0$) aus.

Abb. 4.1: Auswirkungen einer Reduktion des Importzolls auf das Gütermarktgleichgewicht



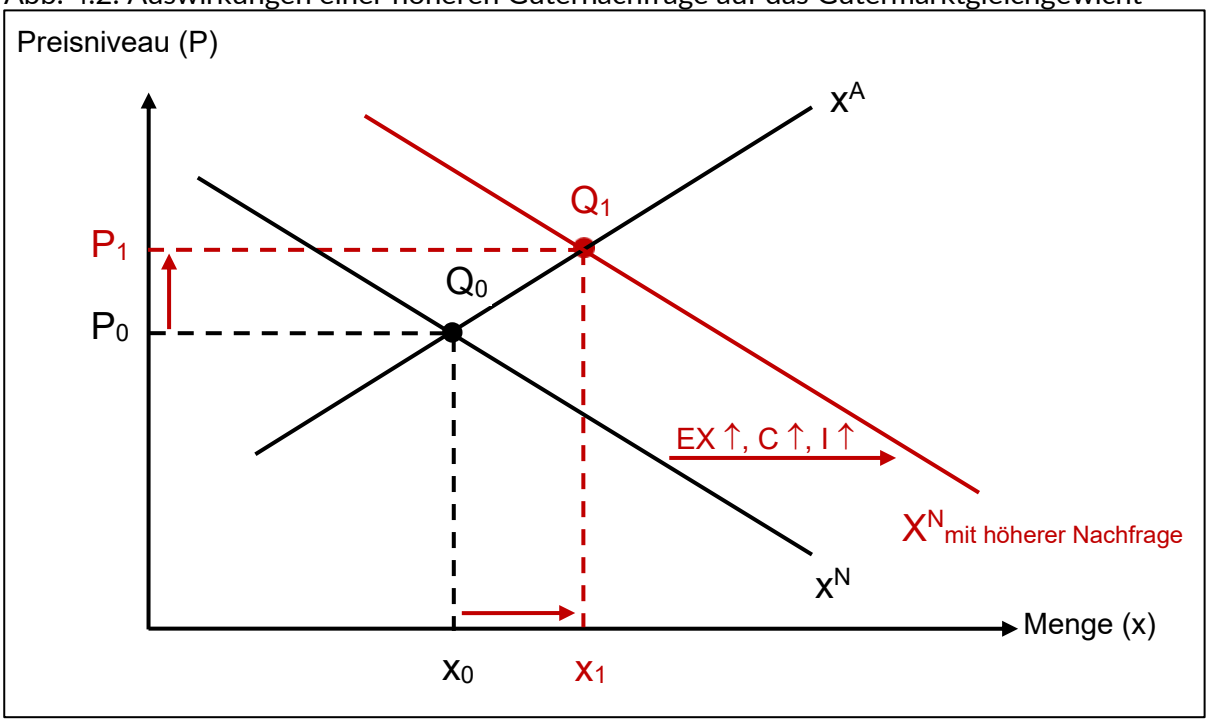
Quelle: Eigene Darstellung.

Der **wachstumssteigernde Effekt** einer Zollsenkung äußert sich in der höheren Gütermenge. Die Ausweitung der produzierten Gütermenge bewirkt eine Steigerung der insgesamt produzierten Gütermenge und damit ein höheres BIP. Dies ist der unmittelbar wachstumserhöhende Effekt des Abbaus von Handelshemmnissen.

Darüber hinaus ergeben sich weitere BIP-steigernde Konsequenzen. Mit der höheren Produktion geht i. d. R. auch ein höheres Beschäftigungsniveau einher. Damit steigen die Arbeitseinkommen und mit ihnen das verfügbare Einkommen. Die Folge ist ein Anstieg der Konsumgüternachfrage (C für consumption), an den sich die Unternehmen mit einer Produktionsausweitung anpassen. Zudem steigt bei einer stärkeren Inanspruchnahme der Produktionskapazitäten der Investitionsbedarf, d. h., die Investitionsgüternachfrage (I) wird größer. Folglich nehmen auch in der Investitionsgüterindustrie Produktion und Beschäftigung zu. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, dass Preissenkungen die Kaufkraft eines gegebenen Einkommens erhöhen. Der preissenkende Effekt von Freihandelsabkommen führt somit zu einer höheren Konsumgüternachfrage, an die sich die Unternehmen aus der Konsumgüterindustrie anpassen.

Diese positiven Wachstumseffekte haben **Rückwirkungen** auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau. Eine zunehmende Güternachfrage bewirkt für sich genommen einen Nachfrageüberhang auf den Gütermärkten. Wenn neben einer höheren Exportgüternachfrage (EX) auch mehr Konsum- und Investitionsgüter nachgefragt werden, führt das i. d. R. zu einem Anstieg der Güterpreise. Falls eine hinreichend große Zahl von Gütern von derartigen Preissteigerungen betroffen ist, wirkt sich das auch auf das Preisniveau (P) einer Volkswirtschaft aus. Dieses nimmt wachstums- und nachfragebedingt zu (siehe Abb. 4.2).

Abb. 4.2: Auswirkungen einer höheren Güternachfrage auf das Gütermarktgleichgewicht



Quelle: Eigene Darstellung.

Damit gibt es zwei gegensätzliche Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau: Der Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen wirkt **preisniveausenkend**, die steigende Güternachfrage hat hingegen einen **preisniveauerhöhenden** Effekt. Welcher Effekt letztendlich überwiegt, ist auf Basis theoretischer Überlegungen nicht vorhersehbar. Das lässt sich erst mithilfe von Simulationsrechnungen zeigen. Immerhin aber führen beide Entwicklungen jeweils zu einem höheren gesamtwirtschaftlichen Produktionsniveau und damit zu einer **Steigerung** des **BIP**.

Darüber hinaus hat ein Abbau von Handelshemmnissen noch **dynamische Wachstumseffekte**. Der wichtigste ist eine Zunahme des internationalen Wettbewerbsdrucks. Wenn der Wettbewerbsdruck steigt, wächst der Zwang, die eigenen Produktionskosten zu reduzieren, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Der Wettbewerbseffekt führt u. a. dazu, dass die Unternehmen ihre Anstrengungen intensivieren, um durch technologische Fortschritte ihre Produktionskosten zu verringern. So nimmt ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu. In einem Preis-Mengen-Diagramm bewirkt ein preisreduzierender technologischer Fortschritt eine weitere Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Güterangebotsgeraden nach unten. Das hat den bereits in Abbildung 4.1 skizzierten wachstumserhöhenden Effekt.

Bei den ökonomischen Effekten des Abbaus von Handelshemmnissen ist wegen der dynamischen Effekte, die erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eintreten, zwischen den kurz- und den langfristigen Effekten zu unterscheiden. Dazu gehört auch, dass die Anpassung aller Wirtschaftsakteure an den Abbau von Handelshemmnissen Zeit in Anspruch nimmt. Dieser Aspekt wurde bereits bei der Beschreibung der methodischen Grundlagen der Simulationsrechnungen angesprochen. Bei den nachfolgenden Ergebnispräsentationen wird daher jeweils zwischen beiden Zeithorizonten unterschieden.

Schließlich ist beim Abbau von Handelshemmnissen bzw. dem Abschluss von Freihandelsabkommen noch zwischen zwei Handelseffekten zu unterscheiden: der Handelsschaffung und der Handelsumlenkung (vgl. Langhammer 1980):

- Bei der **Handelsschaffung** führt der Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen zwei Ländern bzw. Regionen zur Entstehung neuer Handelsströme. Wenn beispielsweise die EU und Indien so ein Abkommen schließen, kann sich Indien auf die Produktion der Güter spezialisieren, bei denen das Land im Vergleich zur EU einen Kosten- und damit auch einen Preisvorteil hat, also z. B. Textilien. Deutschland verzichtet auf die Herstellung von Textilien und erhöht stattdessen seine Produktion von Autos, die es dann nach Indien exportiert. Wenn beide Länder sich auf die Herstellung der Güter konzentrieren, bei denen ihre Produktionskosten geringer sind als im Partnerland des Freihandelsabkommens, werden die insgesamt zur Verfügung stehenden Produktionskapazitäten besser genutzt. Die Menge der in einem Jahr weltweit produzierbaren Güter steigt. Damit steigt das BIP der Welt. Die Handelsschaffung ist deshalb unter dem Gesichtspunkt der Wohlfahrtssteigerung **positiv** zu bewerten.
- Bei der **Handelsumlenkung** geht es darum, dass ein Freihandelsabkommen den Handel zwischen den beteiligten Volkswirtschaften zulasten eines nicht beteiligten Landes umleitet. Das kann mit einer Verringerung der weltweit zur Verfügung stehenden Gütermengen einhergehen. Aus wohlfahrtstheoretischen Überlegungen ist das eine **negative** Entwicklung, die sich wie folgt erklären lässt: Angenommen, vor dem Abschluss eines EU-Indien-Freihandelsabkommens importiert Deutschland bestimmte elektrische Geräte aus China, weil die chinesischen Produkte fünf Prozent günstiger sind als die **qualitativ gleichwertigen** indischen Produkte. Der Zollsatz der EU, der auf diese Importe erhoben wird, liegt annahmegemäß bei 7,5 Prozent. Er gilt sowohl für indische als auch für chinesische Elektrogeräte. Im Rahmen des bilateralen Freihandelsabkommens schafft die EU diesen Importzoll für indische Produkte ab. Dadurch sind die indischen Produkte nun in Deutschland preiswerter als die chinesischen Konkurrenzprodukte. Deutschland und die EU importieren diese Elektrogeräte deshalb nicht mehr aus China, sondern aus Indien. Sofern der chinesische Preisvorteil auf echten Kostenvorteilen basiert und nicht auf staatlichen Subventionen, ist diese Handelsumlenkung wohlfahrtstheoretisch negativ zu bewerten: Die Welt als Ganzes verzichtet auf den Kostenvorteil der chinesischen Volkswirtschaft. Das lässt das globale BIP sinken. Positive Effekte kann es hingegen für einzelne Länder und Sektoren geben. Ein weiterer positiver Effekt von Handelsumlenkungen, der im Rahmen unserer Berechnung nicht abgebildet ist, kann die Diversifizierung von Handelsbeziehungen sein. Diese kann zur Reduzierung von kritischen Abhängigkeiten von einzelnen Ländern wie China beitragen.

5 Zentrale Ergebnisse der Simulationsrechnungen

In den nachfolgenden Ausführungen werden die wichtigsten Ergebnisse der Simulationsrechnungen vorgestellt. Wir beschreiben dabei zunächst die Preis- und Wachstumseffekte aller drei Szenarien für Deutschland, die EU und ausgewählte EU-Länder. Anschließend gehen wir auf die

Auswirkungen neuer bzw. vertiefter EU-Freihandelsabkommen auf ausgewählte Nicht-EU-Länder ein. Schließlich werfen wir einen vertiefenden Blick auf die sektoralen Effekte, die eine Intensivierung des internationalen Handels für die deutsche Volkswirtschaft hätte.

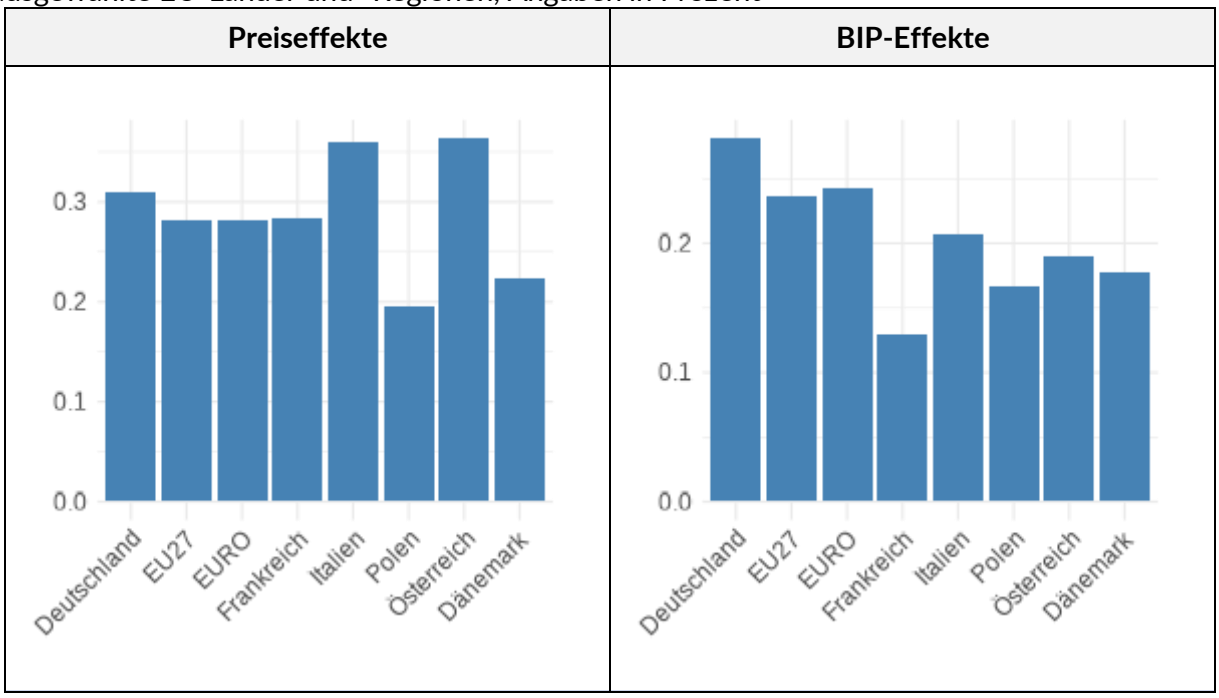
5.1 Ökonomische Folgen für die EU

In diesem Abschnitt werden die zentralen Auswirkungen der drei Szenarien für die EU sowie deren Mitgliedsländer skizziert.

5.1.1 Ökonomische Folgen von Szenario 1

Die Umsetzung neuer Freihandelsabkommen hätte für Deutschland und die EU-Länder einen **positiven Wachstumseffekt**. Der gleichzeitige Abschluss aller in Szenario 1 genannten neuen Freihandelsabkommen würde in Deutschland in der kurzen Frist zu einem knapp **0,3 Prozent** höheren realen BIP führen. Dieser Wert liegt leicht über den Werten für die gesamte EU bzw. die Eurozone (siehe Abb. 5.1 rechts). Grund für den etwas höheren BIP-Zuwachs ist vor allem die starke Exportorientierung der deutschen Volkswirtschaft. Das dürfte auch den etwas stärkeren Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus in Deutschland erklären, denn je höher der Exportanstieg ausfällt, desto größer sind der gesamtwirtschaftliche Nachfrageüberhang und der dadurch verursachte Preisniveauanstieg (siehe Abb. 5.1 links).

Abb. 5.1: Kurzfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

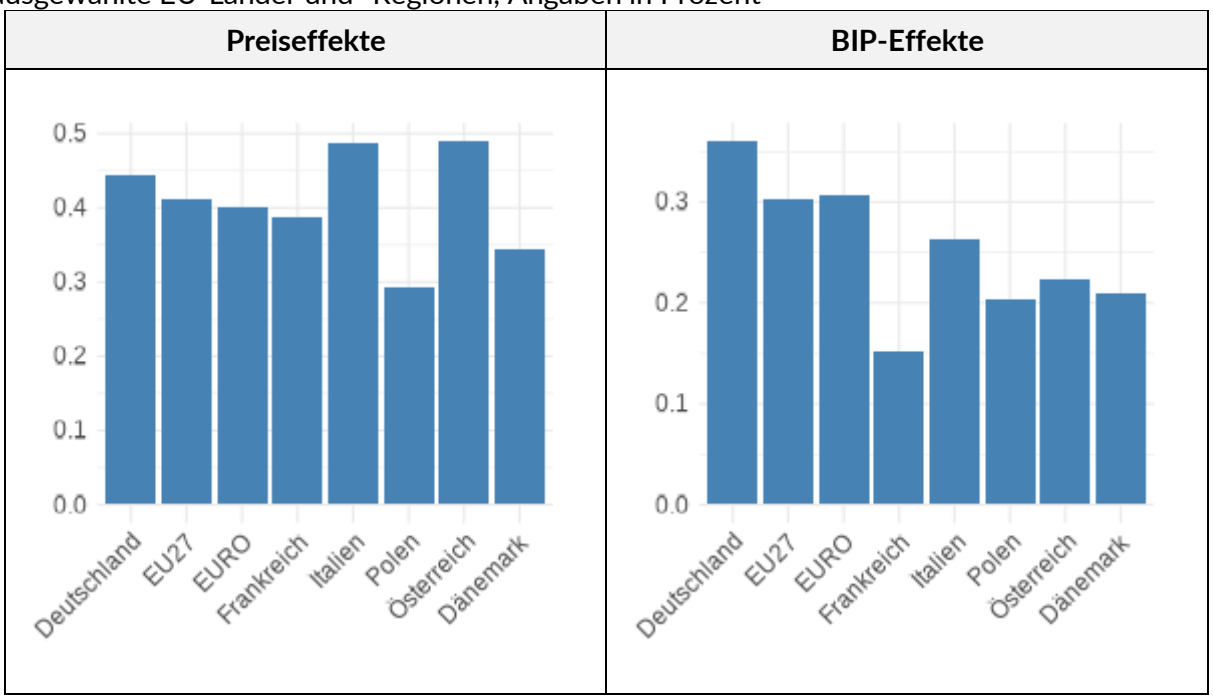
Um ein Gefühl für die absolute Höhe dieses BIP-Anstiegs zu erhalten, bietet sich folgende Überschlagsrechnung an: Im Jahr 2024 erreichte das deutsche BIP eine Höhe von 4.305 Milliarden Euro (vgl. Statistisches Bundesamt 2025a). Wird der genauere prozentuale Wert des BIP-Anstiegs herangezogen (plus 0,281 Prozent), entspräche das im Jahr 2024 einem Betrag von rund **zwölf Milliarden Euro**. Würde dieser Betrag gleichmäßig auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands verteilt (Ende 2024 lebten in Deutschland fast 83,6 Millionen Menschen, vgl. Statistisches Bundesamt 2025b), ergäben sich daraus **rein rechnerisch** rund 145 Euro pro Kopf. Bei der Interpretation dieser Zahl muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Gewinne und Verluste durch eine weitere Handelsliberalisierung innerhalb eines Landes ungleich verteilt sind, sowohl zwischen Sektoren als auch zwischen Konsument:innen und Produzent:innen. Wohlfahrtsgewinne werden nicht automatisch an Konsument:innen und Beschäftigte weitergegeben.

Für die **EU** ergibt sich ein kurzfristiger Wachstumsimpuls in Höhe von etwas über 0,2 Prozent. Wird wiederum der genauere prozentuale Wert (plus 0,236 Prozent) auf das BIP der gesamten EU des Jahres 2024 bezogen (17.941,9 Milliarden Euro, vgl. Eurostat 2025b), so ergibt sich daraus ein Betrag von etwas über 42 Milliarden Euro (siehe auch Anhang 3).

Die langfristigen Wachstumseffekte von neuen Freihandelsabkommen wären etwas größer. Deutschlands BIP wäre **0,36 Prozent** höher. Mit dem BIP des Jahres 2024 als Referenzwert entspräche das **15,5 Milliarden Euro** bzw. im Durchschnitt rechnerisch 185 Euro pro Person. Auch für die übrigen Länder bzw. Regionen in Abb. 5.2 sind die langfristigen BIP-Effekte etwas höher als in der kurzen Frist. Für die EU liegt der BIP-Zuwachs bei knapp 0,3 Prozent. Bezogen auf das EU-BIP des Jahres 2024 entspräche das etwas über 54 Milliarden Euro (siehe Anhang 3).

Die **Preisniveaueffekte** sind in beiden Fällen positiv, d. h., der Abschluss neuer Freihandelsabkommen erhöht das gesamtwirtschaftliche Preisniveau. Für Deutschland beträgt dieser Effekt in der kurzen Frist rund 0,3 Prozent und in der langen etwas über 0,4 Prozent. Das bedeutet, dass der preisniveausenkende Effekt des Abbaus von Handelshemmnissen vom Betrag her geringer ist als die preisniveauerhöhenden Effekte der höheren Güternachfrage (vgl. dazu die Ausführungen im vierten Abschnitt sowie die Abb. 4.1 und 4.2).

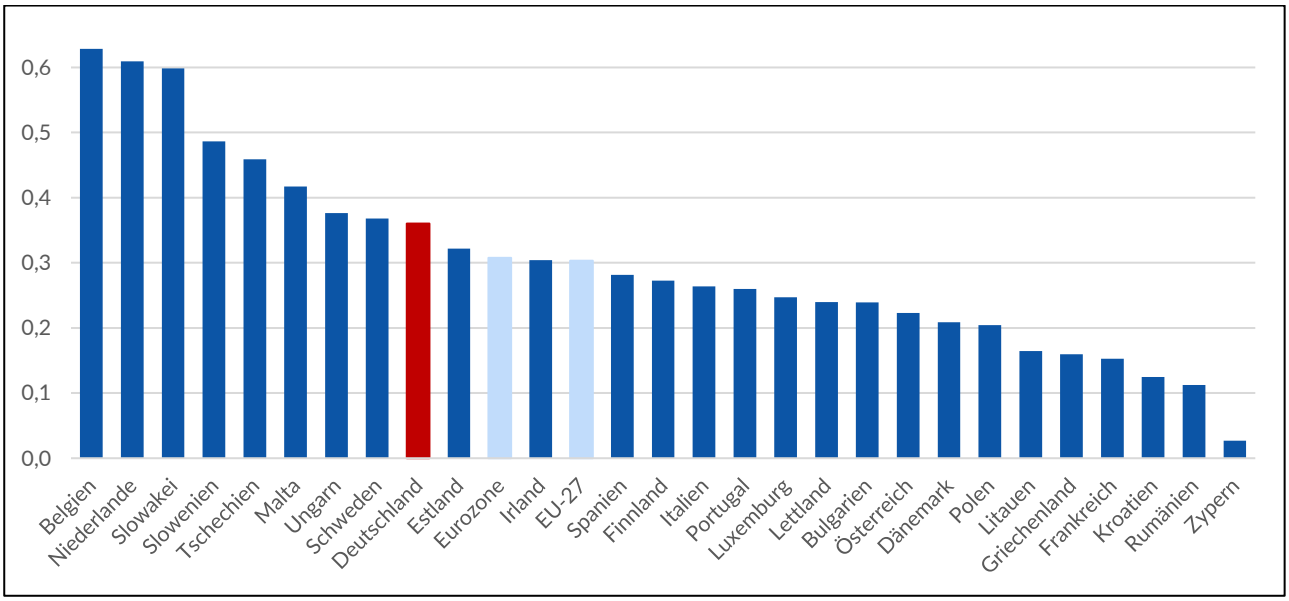
Abb. 5.2: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Der Blick auf die **langfristigen BIP-Effekte** aller EU-Länder zeigt, dass die Wachstumseffekte zwischen knapp über null Prozent und etwas über 0,6 Prozent liegen. Deutschland liegt, wie bereits erwähnt, über dem Wert der EU bzw. der Eurozone (siehe Abb. 5.3).

Abb. 5.3: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für die EU, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

5.1.2 Ökonomische Folgen von Szenario 2

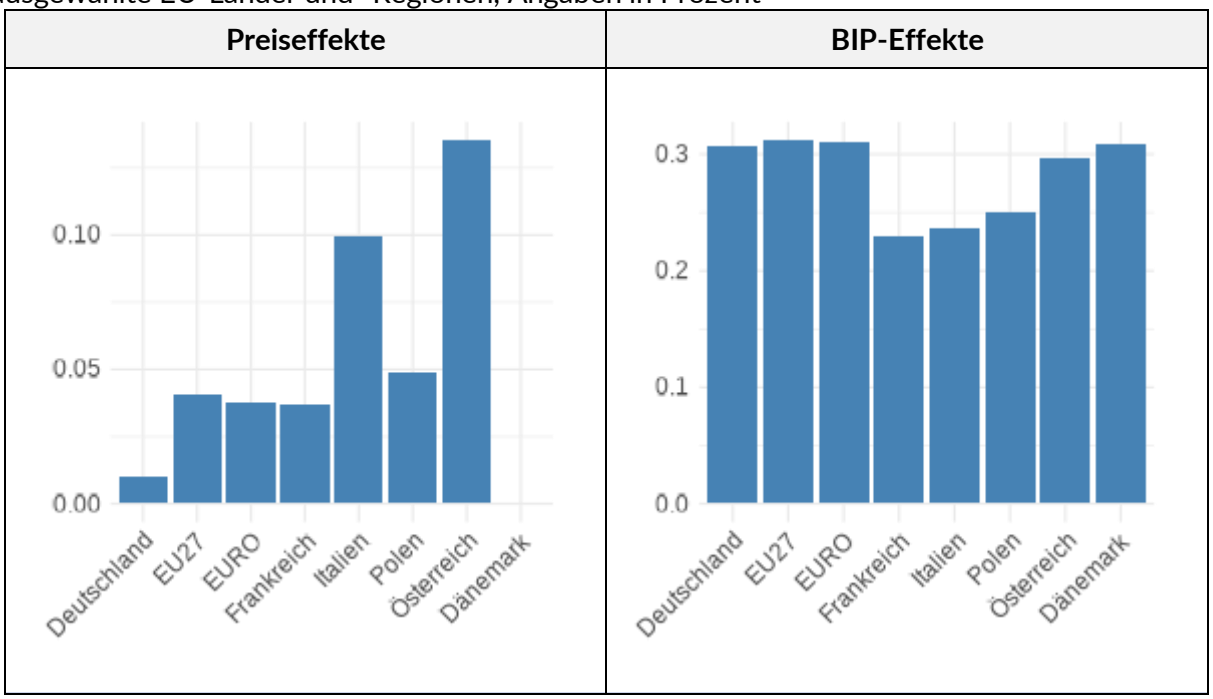
Auch die Vertiefung der bestehenden Freihandelsabkommen der EU mit 40 Ländern hat einen **wachstumssteigernden Effekt** für Deutschland und die EU. Der **kurzfristige** Wachstumseffekt für Deutschland ist in diesem Szenario etwas höher als im ersten Szenario, diese Unterschiede werden jedoch erst bei der Betrachtung zusätzlicher Nachkommastellen sichtbar (0,281 Prozent in Szenario 1 und 0,306 Prozent im zweiten Szenario, siehe Abb. 5.4 rechts). Der **langfristige** Wachstumsimpuls ist etwas größer als der in der kurzen Frist. Allerdings ist der Unterschied zwischen dem kurz- und dem langfristigen Wachstumseffekt im zweiten Szenario kleiner als im ersten (Szenario 1: 0,281 Prozent kurzfristig und 0,36 Prozent langfristig, Szenario 2: 0,306 Prozent kurzfristig und 0,324 Prozent langfristig). Ein Grund für die geringeren Unterschiede im zweiten Szenario könnte darin liegen, dass die Anpassungsprozesse an niedrigere Handelshemmnisse bei bereits bestehenden Freihandelsabkommen weniger Zeit in Anspruch nehmen – die Wirtschaftsakteure haben wegen der bestehenden Abkommen schon ihre Handelsaktivitäten mit den Partnerländern intensiviert und müssen jetzt nur noch auf weitere Handelserleichterungen reagieren. Dieser Prozess benötigt weniger Zeit, als wenn ganz neue Beziehungen geknüpft werden müssen (vgl. Szenario 1). Deshalb ist der Unterschied zwischen der kurzen und langen Frist so gering.

Die **Preisniveaueffekte** einer Vertiefung bestehender Freihandelsabkommen sind deutlich geringer als im ersten Szenario. So ist der Anstieg des deutschen Preisniveaus sowohl kurz- als auch langfristig mit 0,01 bzw. 0,02 Prozent kaum spürbar (siehe Abb. 5.4 und 5.5, jeweils links). Auch die Werte für die übrigen berücksichtigten Länder und Regionen sind sehr gering. Das bedeutet, dass sich der preisniveausenkende Effekt der Handelsliberalisierung und der preisniveauerhöhende Effekt der gestiegenen Güternachfrage in diesem Szenario mehr oder weniger ausgleichen. Ein Grund dafür könnte sein, dass die erhöhte Güternachfrage in einem Land durch vermehrte Importe

aus den Ländern gedeckt wird, mit denen bestehende Freihandelsabkommen vertieft werden. Dadurch bleibt der Preisdruck auf heimische Produktionsfaktoren sehr begrenzt.

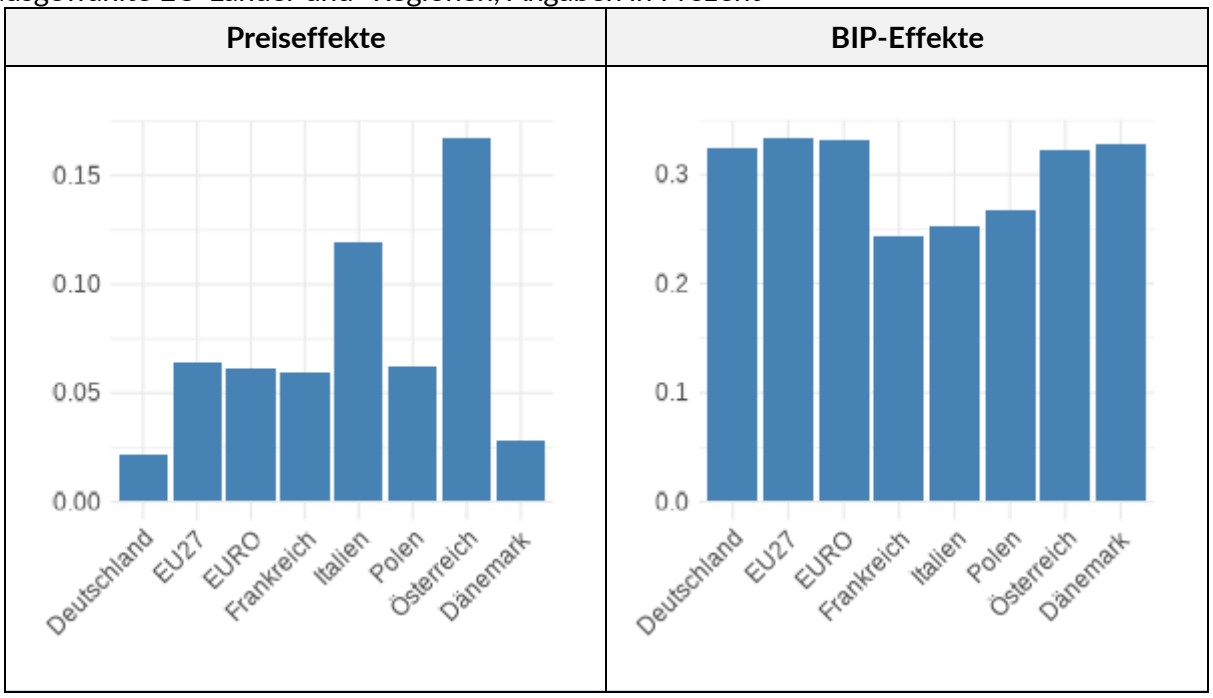
Auch für die **EU** sind die Unterschiede zwischen der kurzen und der langen Frist in diesem Vertiefungsszenario geringer als im ersten Szenario (Szenario 1: 0,236 Prozent kurzfristig und 0,303 Prozent langfristig, Szenario 2: 0,312 Prozent kurzfristig und 0,333 Prozent langfristig). Anders als in Deutschland ist der langfristige BIP-Effekt des Vertiefungsszenarios größer als der langfristige Wachstumseffekt im Fall des Abschlusses der neuen Freihandelsabkommen.

Abb. 5.4: Kurzfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

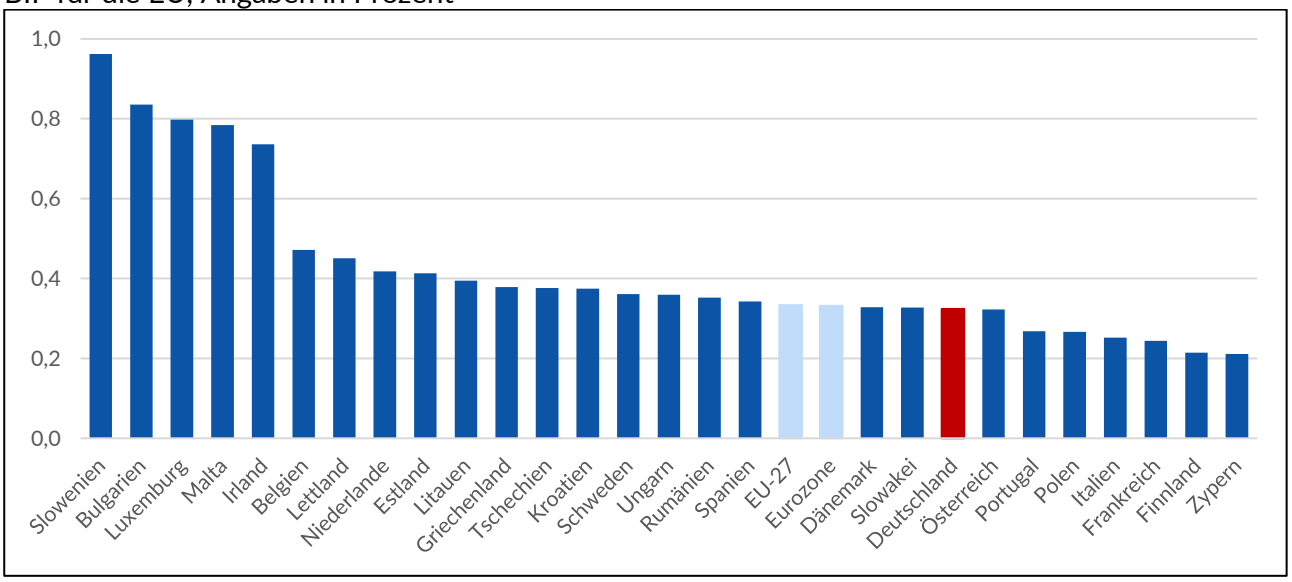
Abb. 5.5: Langfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Der Blick auf die langfristigen Wachstumseffekte zeigt, dass die Werte für die 27 EU-Länder zwischen 0,2 und knapp einem Prozent liegen. **Deutschland** schneidet in diesem Szenario mit einem leicht unterdurchschnittlichen Wachstumsimpuls ab. Das gilt grundsätzlich für alle **großen Volkswirtschaften**, also beispielsweise auch Frankreich und Italien. Viele kleine Länder erreichen bei einer Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen überdurchschnittliche BIP-Effekte (siehe Abb. 5.6). Das liegt u. a. daran, dass Außenhandelsbeziehungen für kleine Volkswirtschaften (gemessen durch die Bevölkerungszahl) grundsätzlich eine größere Relevanz haben als für große Länder: Ein Land mit einer Bevölkerung von ein bis zwei Millionen Einwohner:innen verfügt nur über einen kleinen Binnenmarkt. Daher ist es i. d. R. stärker auf Importe und Exporte angewiesen als eine Volkswirtschaft, die eine Bevölkerung von 80 Millionen Menschen hat. Ein weiterer Grund für die im EU-Vergleich nur unterdurchschnittlichen deutschen BIP-Effekte könnte die Branchenstruktur der deutschen Volkswirtschaft sein – auf diesen Aspekt wird in Abschnitt 5.3. eingegangen.

Abb. 5.6: Langfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für die EU, Angaben in Prozent



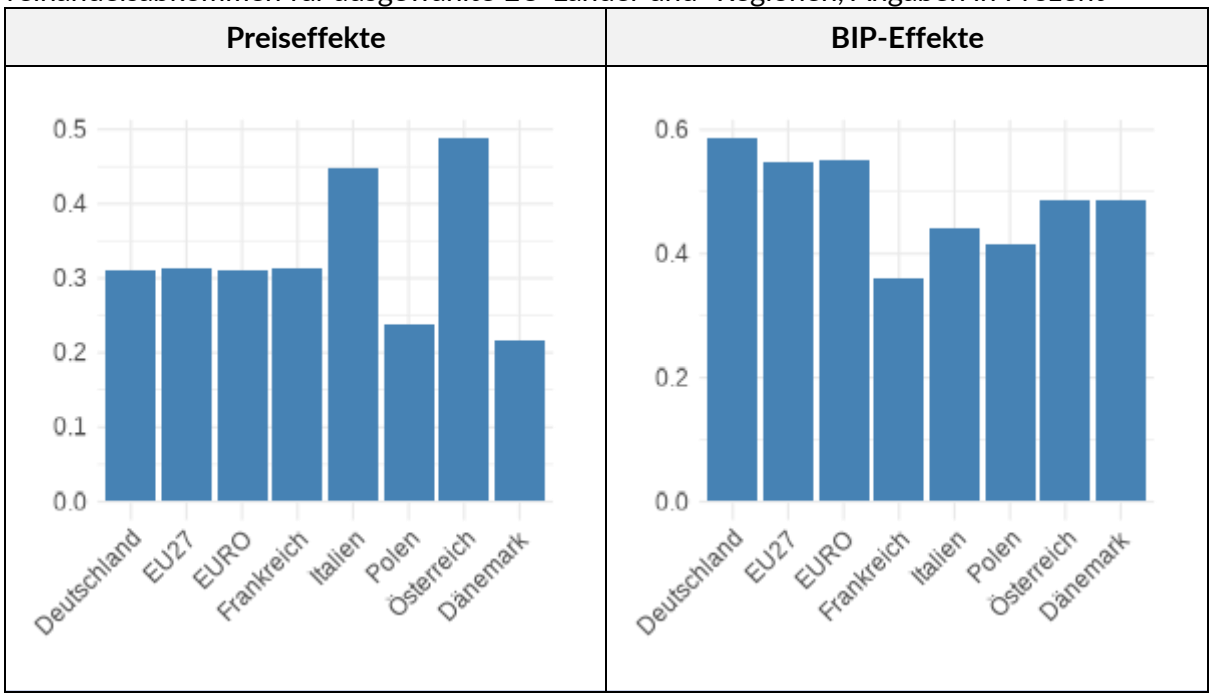
Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

5.1.3 Ökonomische Folgen von Szenario 3

Die Kombination aus dem Abschluss neuer und der Vertiefung bestehender Freihandelsabkommen hätte den **stärksten Wachstumseffekt**. Kurzfristig wäre das deutsche BIP knapp **0,6 Prozent** höher als im Basisszenario. Langfristig liegt der Wachstumsimpuls sogar bei etwas unter **0,7 Prozent** (siehe Abb. 5.7 und 5.8, jeweils rechts). Werden wiederum die genaueren Prozentwerte herangezogen (0,586 Prozent in der kurzen und 0,681 Prozent in der langen Frist), so ergäbe sich bezogen auf das deutsche BIP des Jahres 2024 in der **kurzen Frist** ein Absolutbetrag in Höhe von rund **25 Milliarden Euro** und in der **langen** ein Wert von etwas mehr als **29 Milliarden Euro** (siehe Anhang 3). Würden diese Beträge wiederum gleichmäßig auf alle in Deutschland lebenden Menschen verteilt werden, ergäbe sich daraus rechnerisch ein durchschnittlicher jährlicher Betrag von 300 bzw. fast 350 Euro pro Kopf.

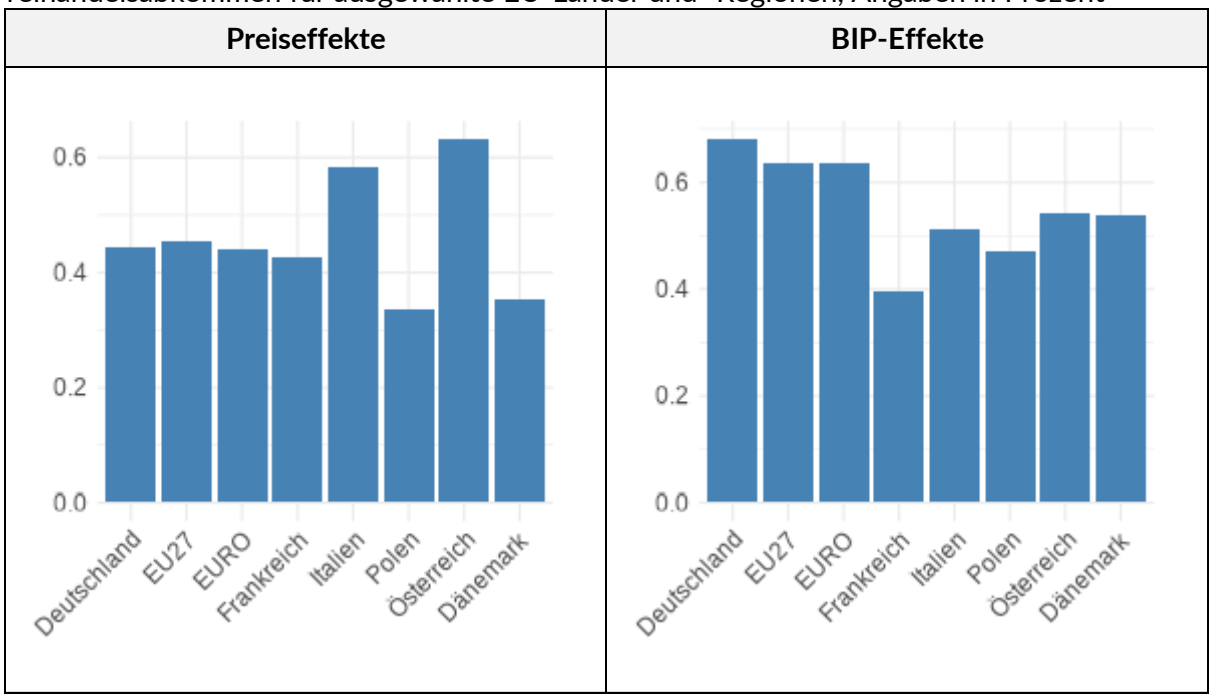
Auch in den anderen Ländern bzw. Regionen ergeben sich in diesem Szenario die höchsten BIP-Zuwächse. Für die **EU** liegt der BIP-Wert in der kurzen Frist rund **0,55 Prozent** über den Werten des Referenzszenarios. In der langen Frist sind es etwas mehr als **0,6 Prozent**. Bezogen auf das BIP der EU im Jahr 2024 entspräche dies in der kurzen Frist etwas mehr als 98 Milliarden Euro und langfristig fast 114 Milliarden Euro.

Abb. 5.7: Kurzfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Abb. 5.8: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte EU-Länder und -Regionen, Angaben in Prozent



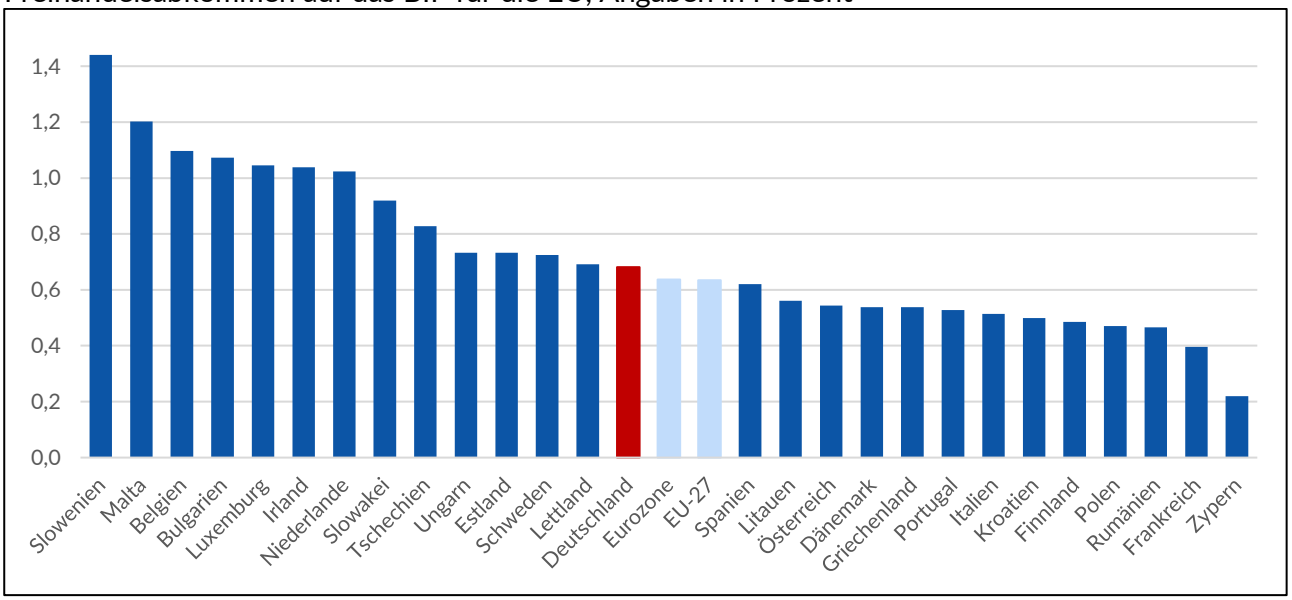
Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Die Auswirkungen auf das **gesamtwirtschaftliche Preisniveau** entsprechen in diesem Szenario mehr oder weniger den Auswirkungen, die der Abschluss neuer Freihandelsabkommen hat (Szenario 1). Grund dafür ist der Umstand, dass eine Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen (Szenario 2) keine spürbaren Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau der

betrachteten EU-Länder hat. Werden also zusätzlich zu den neuen Freihandelsabkommen der EU die bereits bestehenden vertieft, hat das keine signifikanten Preisniveaueffekte.

Werden wiederum alle 27 EU-Länder betrachtet, liegt der **langfristige BIP-Effekt** für Deutschland in diesem Szenario leicht über dem EU-Durchschnitt. Sieben Länder erzielen langfristige BIP-Effekte, die zwischen einem und etwas mehr als 1,4 Prozent liegen (siehe Abb. 5.9).

Abb. 5.9: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für die EU, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

5.2 Ökonomische Folgen für ausgewählte Nicht-EU-Länder

In diesem Abschnitt werden die Simulationsergebnisse für ausgewählte Nicht-EU-Länder vorgestellt. Dabei ist zwischen zwei Typen von Handelspartnern zu unterscheiden: Länder, mit denen die EU bereits ein Freihandelsabkommen hat, und Länder ohne so ein Abkommen. Bei der zweiten Gruppe ist in den Szenarien 1 und 3 zusätzlich zu unterscheiden zwischen Ländern, mit denen die EU ein neues Freihandelsabkommen abschließt, und Ländern, die weiterhin kein entsprechendes Abkommen mit der EU haben.

5.2.1 Ökonomische Folgen von Szenario 1

Bei den ökonomischen Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen auf die Länder und Regionen außerhalb der EU ist zwischen den Ländern, mit denen die EU entsprechende neue Abkommen schließt, und den übrigen Ländern zu unterscheiden. Letzteres betrifft sowohl Länder, mit denen bereits Freihandelsabkommen bestehen, als auch Länder, die nach wie vor keine entsprechenden Abkommen haben.

Länder, mit denen die EU erstmals ein Freihandelsabkommen abschließt, können im Vergleich zum Referenzszenario einen BIP-Anstieg erwarten. Sie profitieren von preiswerteren Importen aus der EU und gleichzeitig wachsenden Exportmöglichkeiten in die EU. Exemplarisch zeigt sich dies am Beispiel von **Indien**. **Kurzfristig** ist ein um rund 0,14 Prozent höheres BIP zu erwarten (siehe Abb.

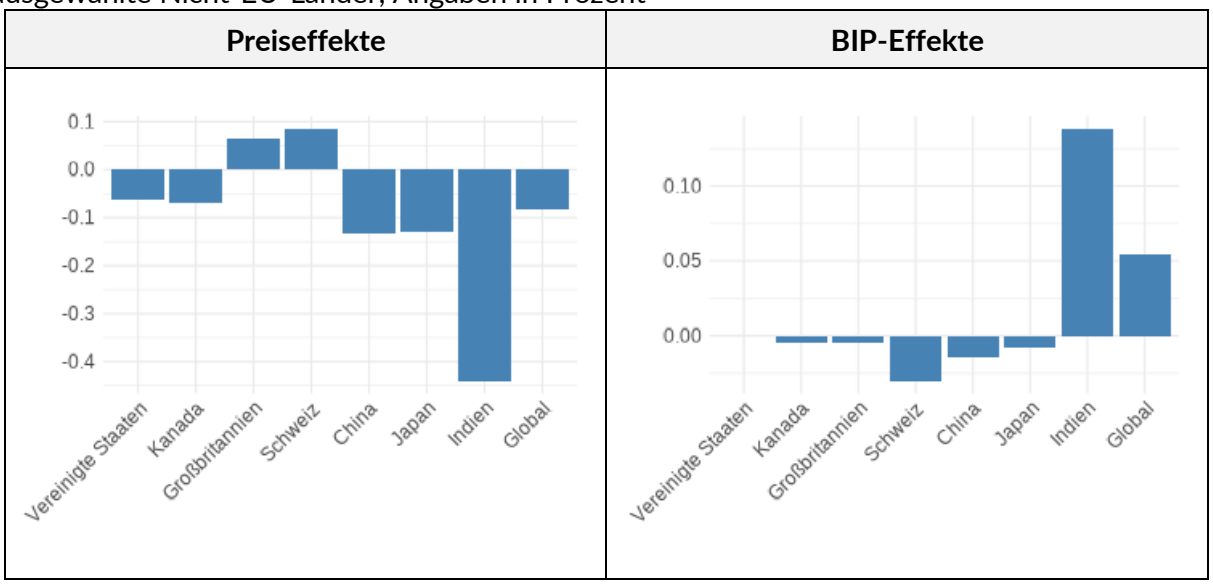
5.10 rechts). Verglichen mit dem BIP-Effekt für Deutschland von knapp 0,3 Prozent (siehe Abb. 5.1 rechts) ist das nur ein geringer Wert. Ein Grund dafür ist, dass Deutschland in diesem Szenario mit zahlreichen Ländern neue Freihandelsabkommen schließt, Indien jedoch nur mit den 27 EU-Ländern. Das hat Konsequenzen für die ökonomischen Effekte in Indien:

- Würde die EU nur mit Indien ein bilaterales Freihandelsabkommen schließen, würden die Handelsbeziehungen zwischen beiden Regionen zunehmen.
- Der zusätzliche Abschluss von entsprechenden Abkommen seitens der EU mit den übrigen Regionen (ASEAN, MERCOSUR, ECOWAS und Australien) intensiviert die Handelsbeziehungen zwischen der EU und diesen Regionen. Das bedeutet gleichzeitig, dass die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Indien dadurch reduziert werden. Es kommt somit zu einer **Handelsumlenkung**, die sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Indiens auswirkt. Für die EU ist der gleichzeitige Abschluss von Freihandelsabkommen mit zahlreichen Ländern jedoch sinnvoll, weil das den grenzüberschreitenden Handel mit vielen Partnerländern erleichtert und somit größere positive Wachstumsimpulse generiert.
- Diese Überlegungen gelten für alle Länder und Regionen, mit denen die EU in diesem Szenario neue Freihandelsabkommen abschließt: Der Wachstumseffekt für die Nicht-EU-Länder ist in diesem Szenario relativ gering, weil die bilateralen Abkommen durch den Abschluss zusätzlicher Abkommen seitens der EU entwertet werden.

Die berechneten Preis- und BIP-Effekte für die Länder, mit denen die EU in diesem Szenario neue Freihandelsabkommen abschließt, sind also **nicht** die Effekte, die sich ergeben würden, wenn die EU nur mit einem dieser Länder ein entsprechendes Abkommen schließen würde. Für Indien dürften die BIP-Effekte eines reinen EU-Indien-Freihandelsabkommens also größer sein als die hier berechneten Auswirkungen des gleichzeitigen Abschlusses von neuen Freihandelsabkommen der EU mit 26 Ländern.

Immerhin profitieren die Nicht-EU-Länder, mit denen die EU nun ein Freihandelsabkommen abschließt, in diesem Szenario von den preiswerteren EU-Produkten. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass Indien in diesem Szenario mit einem um etwas mehr als 0,4 Prozent geringeren **gesamtwirtschaftlichen Preisniveau** rechnen kann (siehe Abb. 5.10 links).

Abb. 5.10: Kurzfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Nicht-EU-Länder, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Nur exemplarisch zeigen sich die moderaten kurzfristigen BIP-Effekte, die mit dem gleichzeitigen Abschluss zahlreicher neuer Freihandelsabkommen der EU für die beteiligten Nicht-EU-Länder verknüpft sind, auch für **Argentinien** (plus 0,1 Prozent), **Australien** (plus 0,15 Prozent) und **Brasilien** (plus 0,075 Prozent, siehe Anhang 1). Auch hier gilt: Sollte die EU ausschließlich mit den fünf MERCOSUR-Staaten ein Freihandelsabkommen abschließen, dürfte mit höheren BIP-Effekten für diese südamerikanischen Volkswirtschaften zu rechnen sein. Die relativ geringen Wachstumseffekte für die MERCOSUR-Länder sind zusätzlich auch darauf zurückzuführen, dass die Entfernung zwischen ihnen und der EU sehr groß ist. Das erhöht die Transportkosten und reduziert den ökonomischen Vorteil, der mit dem Abbau von Handelshemmnissen verbunden ist. Dennoch kommt es zu einem höheren BIP.

Immerhin hätten diese Freihandelsabkommen auch für diese drei Länder **spürbare Preisniveaueffekte**, die sich aus dem Import günstigerer Produkte aus der EU ergeben würden. Für Argentinien ergibt sich im Vergleich zum Referenzszenario ein um fast 1,5 Prozent niedrigeres Preisniveau. Der australische Wert liegt bei knapp 0,5 Prozent und der für Brasilien bei etwas unter einem Prozent.

Für **Nigeria** und **Ghana**, zwei Mitgliedsländer der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, fallen die BIP-Zuwächse in diesem Szenario bereits kurzfristig mit plus 0,26 bzw. plus 0,34 Prozent höher aus als beispielsweise für Indien (siehe Anhang 1).

Für die übrigen in Abb. 5.10 berücksichtigten Länder, die allesamt Volkswirtschaften sind, mit denen die EU keine neuen Freihandelsabkommen abschließt, ergeben sich lediglich minimale BIP-Einbußen. Diese sind vor allem auf eine **Handelsumlenkung** zurückzuführen: Wenn die EU mit neuen Ländern Freihandelsabkommen abschließt, werden die Handelsbeziehungen zwischen diesen Ländern und der EU intensiviert. Das geht zulasten der Handelsbeziehungen mit Drittländern, also den Volkswirtschaften, die nicht Teil der neuen EU-Freihandelsabkommen sind. Ein höherer grenzüberschreitender Güterhandel zwischen der EU und Indien hat zur Folge, dass z. B. China und

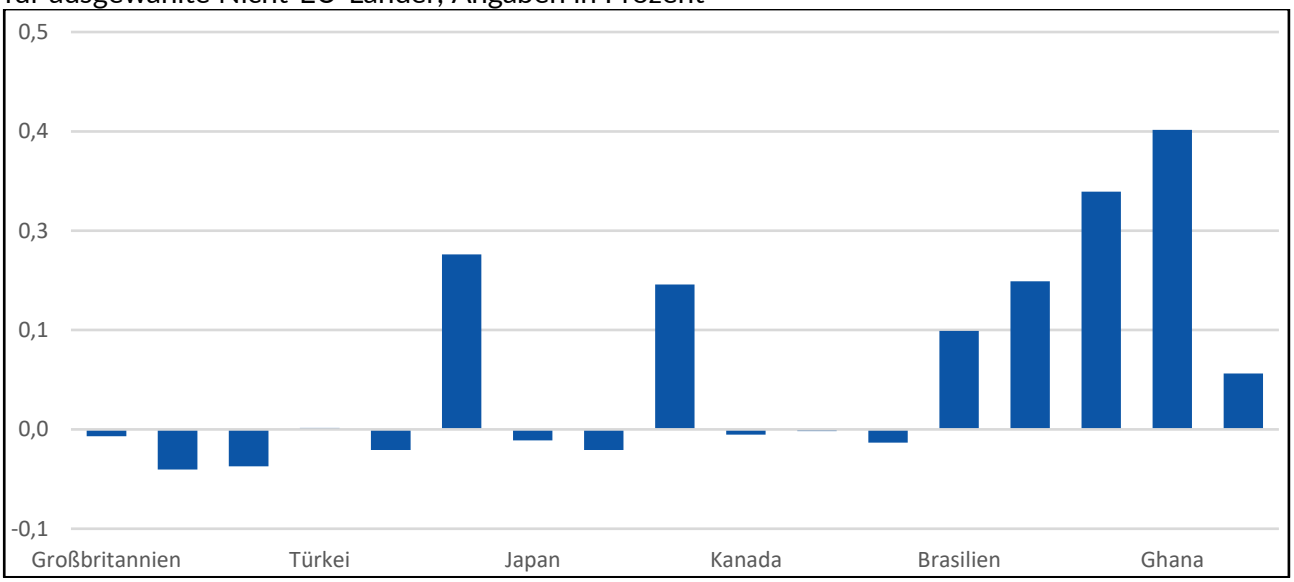
Japan weniger Güter in der EU und Indien verkaufen können. Das schwächt die wirtschaftliche Entwicklung der chinesischen und der japanischen Volkswirtschaft. Diese wachstumsdämpfenden Effekte sind jedoch nur gering.

Für die **USA** ergeben sich praktisch keine BIP-Effekte. Der berechnete kurzfristige BIP-Effekt beträgt minus 0,001 Prozent und ist in Abb. 5.10 (links) nicht erkennbar. Grund dafür ist vor allem die Größe der US-Wirtschaft. Angesichts der Höhe der amerikanischen Wirtschaftskraft fallen die BIP-reduzierenden Effekte der Handelsumlenkung nicht ins Gewicht.

Die **langfristigen** Auswirkungen des Abschlusses neuer Freihandelsabkommen der EU sind vom Betrag her etwas höher als die kurzfristigen Effekte. Das gilt sowohl für BIP-erhöhende als auch für BIP-reduzierende Effekte. So steigt beispielsweise der wachstumsfördernde Effekt für Indien von 0,14 Prozent in der kurzen Frist auf 0,22 in der langen Frist.

Beim Blick auf die **Weltwirtschaft** zeigt sich ein leicht positiver Effekt. Das weltweite BIP nimmt langfristig um rund 0,07 Prozent zu (siehe Abb. 5.11). Die handelsschaffenden Effekte dieser Freihandelsabkommen sind also vom Betrag her größer als die handelsumlenkenden.

Abb. 5.11: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für ausgewählte Nicht-EU-Länder, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

5.2.2 Ökonomische Folgen von Szenario 2

Die **Vertiefung** bestehender EU-Freihandelsabkommen hat für die Länder, mit denen die EU bereits derartige Abkommen hat, unterschiedlich hohe Auswirkungen (siehe Abb. 5.12 rechts):

- Für **Großbritannien**, mit dem die EU bereits ein Freihandelsabkommen hat, beträgt der kurzfristige BIP-Effekt rund 0,6 Prozent. Für die **Schweiz**, mit der es ebenfalls ein entsprechendes Abkommen gibt, beträgt dieser Effekt sogar knapp 1,75 Prozent. Beide Effekte liegen deutlich über den entsprechenden Werten für Deutschland und die EU (jeweils rund 0,3 Prozent, siehe Abb. 5.4 rechts). Der Grund dafür liegt in der Größe der beteiligten Volkswirtschaften: Bei einem weiteren Abbau von Handelshemmnissen zwischen der EU und der Schweiz verbessert sich der Zugang der Schweizer Unternehmen zu einem

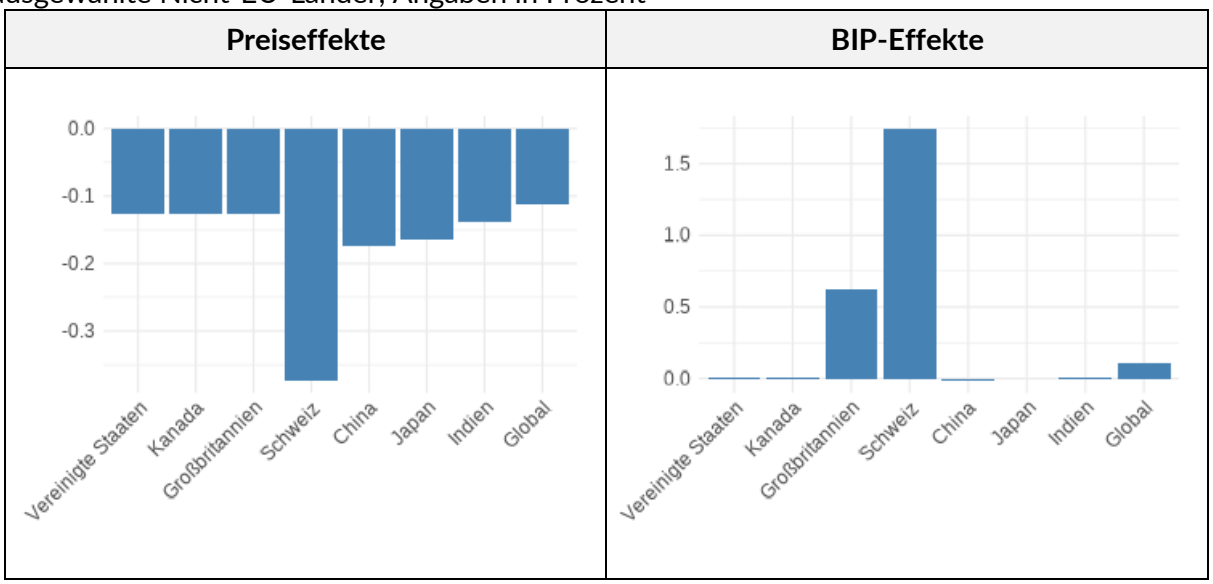
Markt, der 2023 eine Bevölkerung von 448 Millionen Menschen hatte (vgl. Eurostat 2025a: 10). Die Schweiz hatte in dem Jahr eine Bevölkerungszahl von 8,96 Millionen Menschen (vgl. Bundesamt für Statistik 2024: 2). Dies verdeutlicht, dass der ökonomische Vorteil des Abbaus von Handelshemmnissen für die Schweiz deutlich größer ist als der Vorteil für die EU. Ein zweiter Grund für die spürbaren BIP-Effekte beider Länder besteht aus dem Umstand, dass die bestehenden Freihandelsabkommen mit der EU noch nicht die höchstmögliche Tiefe haben. Das Abkommen zwischen der EU und der Schweiz hat in der weiter oben genannten DESTA-Datenbank den Wert 4, das zwischen der EU und Großbritannien den Wert 5.

  - Auch mit **Japan** und **Kanada** hat die EU bereits Freihandelsabkommen. Für beide Länder ergeben sich jedoch keine spürbaren Effekte. Der zentrale Grund dafür ist, dass die Freihandelsabkommen der EU mit beiden Ländern bereits sehr tief sind. Das Abkommen mit Japan hat bereits den höchstmöglichen Wert 7. Es kommt somit in beiden Ländern nur zu einer minimalen BIP-Steigerung. Sie resultiert im Wesentlichen daraus, dass in vielen anderen Ländern – und damit letztendlich auch global – das BIP wegen des Abbaus von Handelshemmnissen steigt. Das verbessert die weltweiten Exportchancen der japanischen und kanadischen Unternehmen.

- Für Länder, die **keine Freihandelsabkommen** mit der EU haben, ergeben sich geringe negative BIP-Effekte. Sie sind vor allem das Resultat der bereits erwähnten Handelsumlenkungseffekte. Für die USA treten wiederum keine spürbaren Effekte auf, was erneut an der Größe der amerikanischen Volkswirtschaft liegen dürfte.
- Für die **Welt** als Ganzes ergibt sich ein geringer positiver BIP-Effekt von plus 0,1 Prozent.

Neben den BIP-Effekten hat die Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen für die in Abbildung 5.12 aufgeführten Länder **preisniveausenkende** Effekte. Den stärksten Preisniveaurückgang kann hier die Schweiz verzeichnen (minus 0,37 Prozent). Auch das weltweite Preisniveau fällt kurzfristig rund 0,1 Prozent niedriger aus (siehe Abb. 5.12 links).

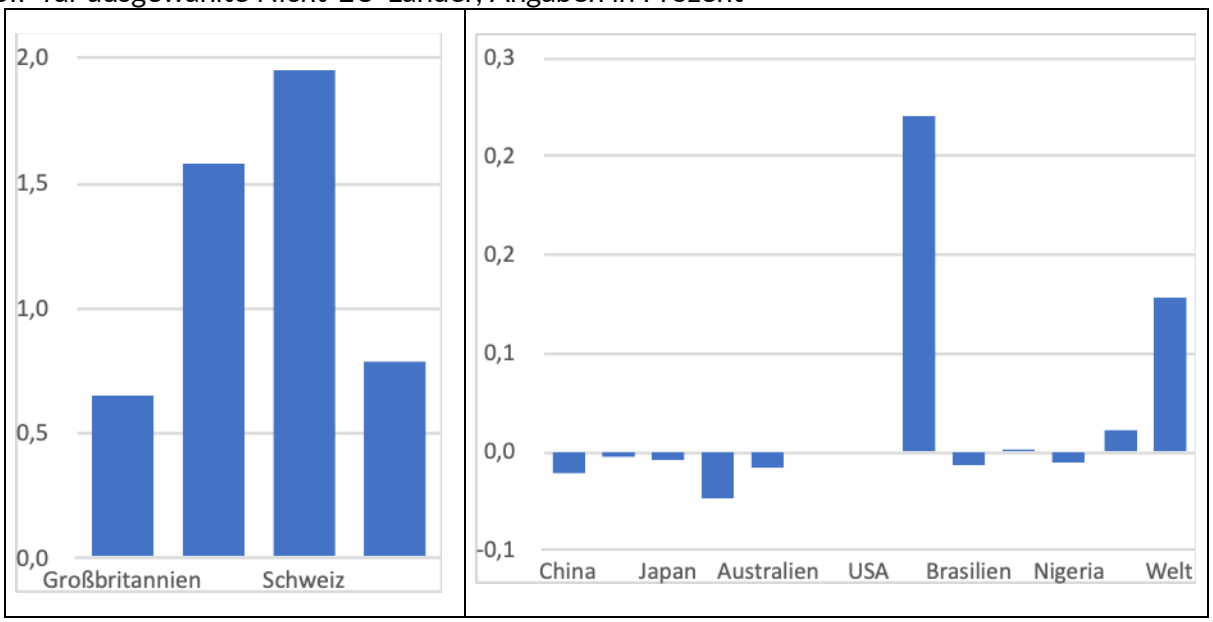
Abb. 5.12: Kurzfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Nicht-EU-Länder, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Die **langfristigen** Effekte einer Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen haben für Nicht-EU-Länder vom Betrag her nur geringfügig abweichende Auswirkungen von den kurzfristigen (siehe Abb. 5.13). Da die BIP-Effekte für europäische Länder, die bereits ein Freihandelsabkommen mit der EU haben, das nun vertieft wird, deutlich größer sind als in den übrigen Nicht-EU-Ländern, werden die Länder in zwei verschiedenen Abbildungen mit unterschiedlichen Achsenskalierungen abgebildet.

Abb. 5.13: Langfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für ausgewählte Nicht-EU-Länder, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

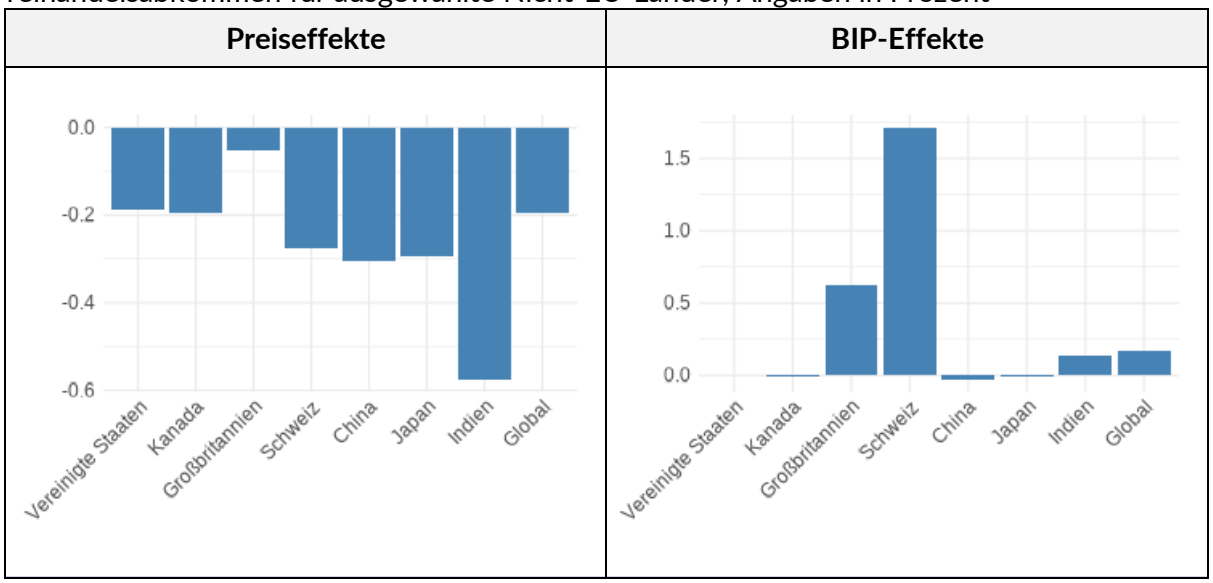
5.2.3 Ökonomische Folgen von Szenario 3

Die Kombination eines gleichzeitigen Abschlusses neuer Freihandelsabkommen mit 26 Ländern mit der Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen führt in den Nicht-EU-Ländern zu folgenden Ergebnissen:

- Für **Großbritannien** und die **Schweiz** stimmen die BIP-Effekte nahezu vollständig mit den Effekten überein, die sich aus der Vertiefung der bestehenden Abkommen mit der EU ergeben. Die wachstumsfördernden Effekte sind im dritten Szenario minimal geringer als im zweiten (Schweiz: langfristig plus 1,95 Prozent im zweiten Szenario versus 1,9 Prozent im dritten Szenario, Großbritannien: langfristig plus 0,656 Prozent im zweiten Szenario versus 0,646 Prozent im dritten Szenario, siehe Abb. 5.13 und 5.15, jeweils rechts). Der Grund für diese minimale Reduktion des BIP-erhöhenden Effekts ist, dass es im dritten Szenario neben der Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen auch noch neue Abkommen zwischen der EU und 26 Volkswirtschaften gibt. Diese entwerten die vertieften Abkommen, weil es zu einer Handelsumleitung kommt: Die EU erhöht ihre Handelsaktivitäten mit den neuen Partnerländern zulasten der Export- und Importbeziehungen mit den Ländern, mit denen es bereits derartige Abkommen gab.
- Für **Kanada** und **Japan** sind die BIP-Effekte – so wie bereits im zweiten Szenario – sowohl kurz- als auch langfristig nahe null. Gleiches gilt für die **USA**.

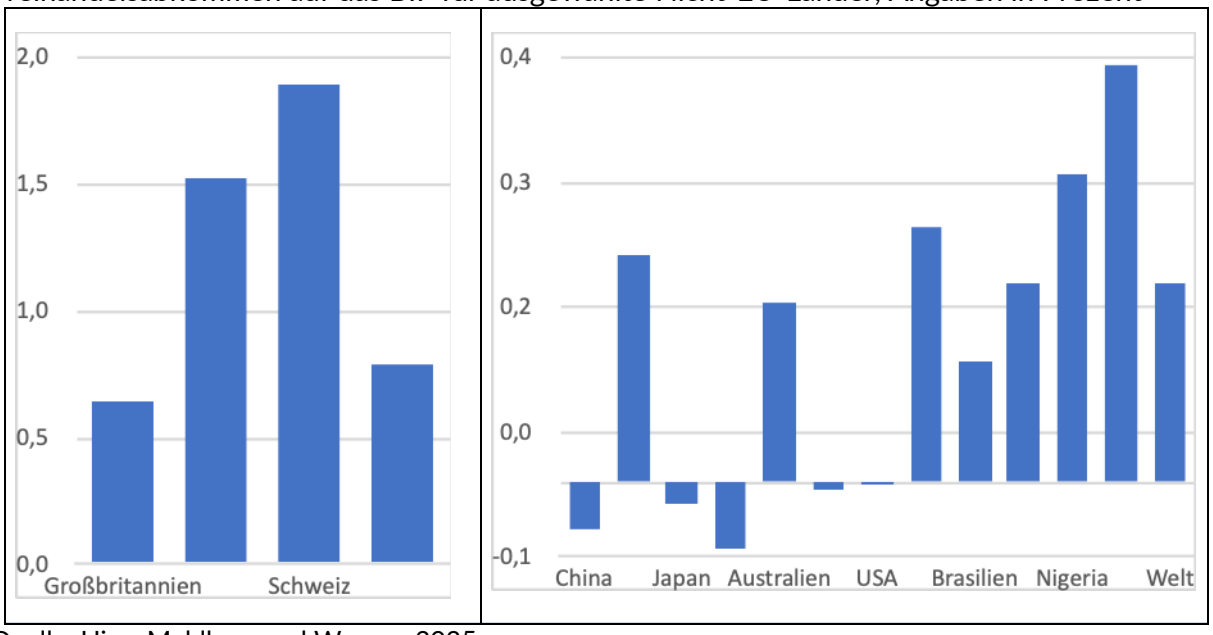
- Für **Indien** entspricht der langfristige BIP-Effekt im dritten Szenario dem langfristigen Wachstumsimpuls des ersten Szenarios. In beiden Fällen liegt das BIP rund 0,2 Prozent über dem BIP ohne die neuen bzw. vertieften Abkommen.
- Für **Nigeria** ergibt sich langfristig ein um knapp 0,3 Prozent höheres BIP. Für **Ghana** liegt der entsprechende Wert bei fast 0,4 Prozent.
- Für die **Welt** als Ganzes fällt der langfristige BIP-Zuwachs im dritten Szenario etwas höher aus als im zweiten (plus 0,19 Prozent im dritten Szenario versus plus 0,12 Prozent im zweiten Szenario). Grund dafür ist, dass die weltweiten handelsschaffenden Effekte sowohl im ersten als auch im zweiten Szenario jeweils größer sind als die handelsumlenkenden Effekte. Das führt beim gleichzeitigen Abschluss neuer Freihandelsabkommen in Kombination mit der Vertiefung bestehender zu einem etwas größeren Wachstumsimpuls für die Weltwirtschaft. In beiden Fällen sind diese Effekte jedoch relativ gering.

Abb. 5.14: Kurzfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Nicht-EU-Länder, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Abb. 5.15: Langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen auf das BIP für ausgewählte Nicht-EU-Länder, Angaben in Prozent



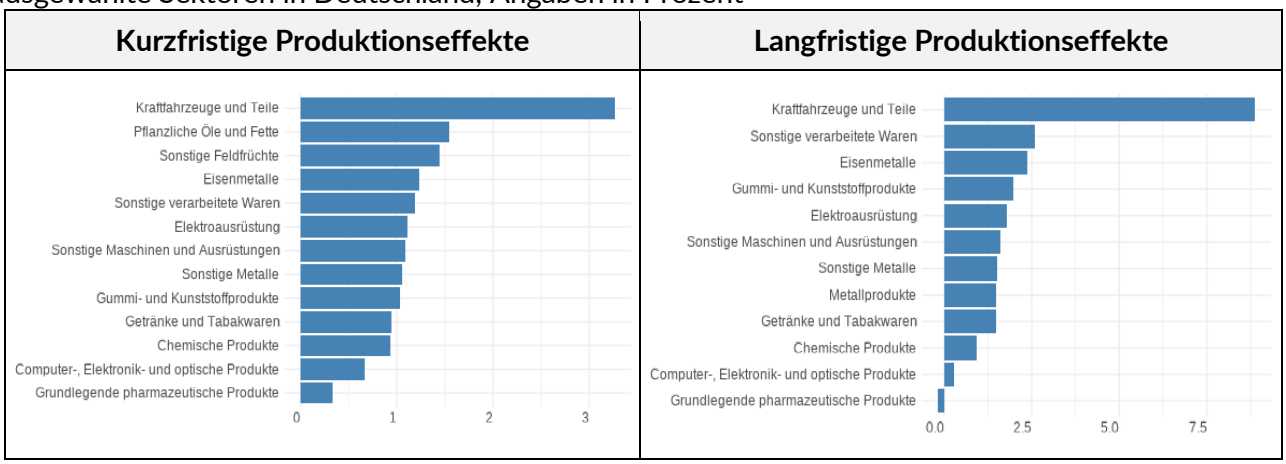
Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

5.3 Sektorale Ergebnisse für Deutschland

Abschließend erfolgt noch ein kurzer Blick auf die Auswirkungen der verschiedenen Szenarien auf die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren Deutschlands. Im Folgenden werden jeweils die zehn Sektoren aufgeführt, die die größten Produktionszuwächse verzeichnen können. Darüber hinaus werden auch die fünf Wirtschaftssektoren berücksichtigt, die für die deutsche Volkswirtschaft besonders wichtig sind: der Automobilsektor, der Maschinenbau, die Elektrotechnik sowie die chemische und die pharmazeutische Industrie.

Wenn die EU die neuen Abkommen des **ersten Szenarios** abschließt, profitieren in Deutschland langfristig vor allem die Sektoren des **verarbeitenden Gewerbes**. Die zu erwartenden Produktionszuwächse liegen deutlich über dem kurz- und dem langfristigen BIP-Effekt, die die gesamtwirtschaftlichen Produktionseffekte ausdrücken (rund 0,3 Prozent in der kurzen und 0,35 Prozent in der langen Frist, siehe Abschnitt 5.1.1.). Dies gilt insbesondere mit Blick auf die langfristigen Produktionseffekte (siehe Abb. 5.16 rechts). Für die **Kraftfahrzeugbranche** wird langfristig und im Vergleich zum Basisszenario eine um fast neun Prozent höhere Produktion erwartet.

Abb. 5.16: Kurz- und langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Sektoren in Deutschland, Angaben in Prozent

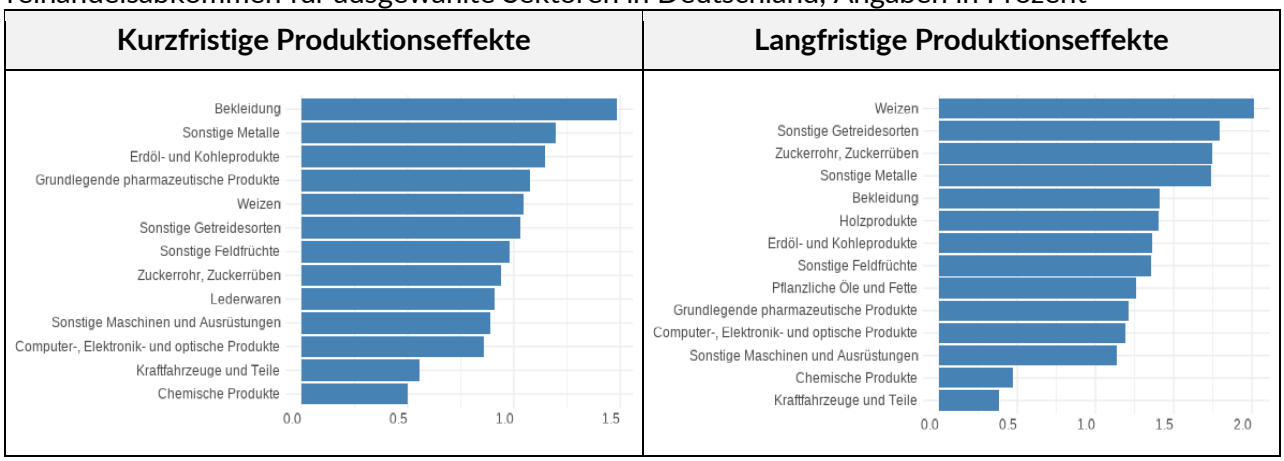


Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Anders sehen die Produktionseffekte im Fall einer Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen (**Szenario 2**) aus. Auch hier sind die prozentualen Produktionszuwächse im verarbeitenden Gewerbe größer als die BIP-Zuwächse (plus 0,31 Prozent kurzfristig und plus 0,32 Prozent langfristig, siehe Abschnitt 5.1.2.). Allerdings liegt die Differenz bezüglich des Produktionsvolumens im Kraftfahrzeugbereich langfristig nur bei knapp 0,4 Prozent (siehe Abb. 5.17 rechts). Größere Produktionszuwächse können in diesem Szenario einige landwirtschaftliche Produkte erwarten (Weizen, sonstige Getreidesorten, Zuckerrohr und Zuckerrüben).

Eine denkbare Erklärung für diese Unterschiede zwischen dem ersten und dem zweiten Szenario könnte darin bestehen, dass die wichtigsten Handelshemmnisse für die Produkte des verarbeitenden Gewerbes in den bestehenden EU-Freihandelsabkommen bereits abgebaut sind. Diese Sektoren können daher von einer Vertiefung dieser Abkommen nur noch geringe zusätzliche Wachstumsimpulse erwarten. Das würde dann auch erklären, warum die langfristigen BIP-Effekte für Deutschland im zweiten Szenario geringer sind als im ersten – ein Aspekt, der in Abschnitt 5.1.2. bereits angesprochen wurde.

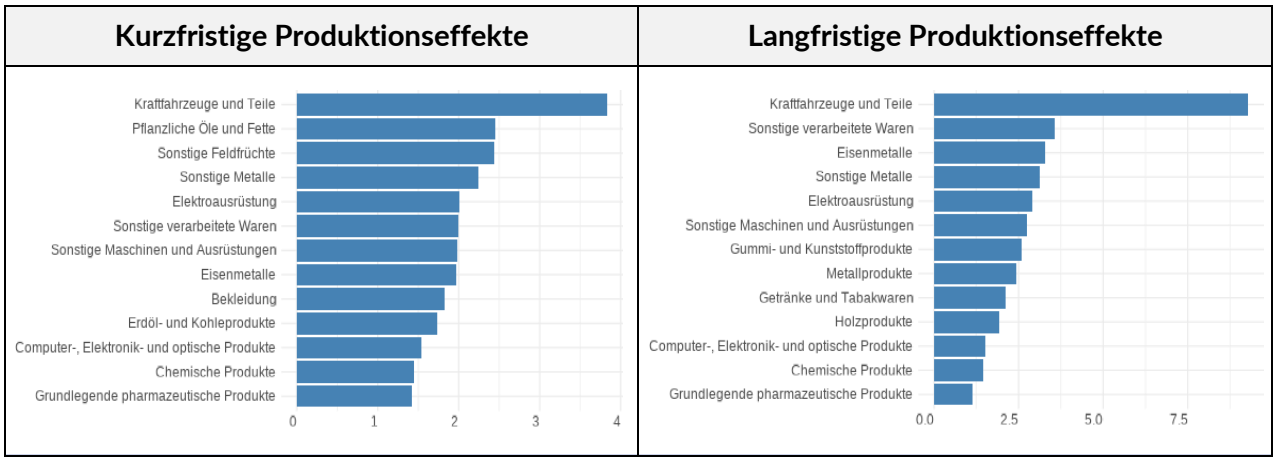
Abb. 5.17: Kurz- und langfristige Auswirkungen der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Sektoren in Deutschland, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Im **dritten Szenario**, in dem die EU mit 26 Ländern neue, flache Freihandelsabkommen abschließt und gleichzeitig ihre bestehenden Abkommen vertieft, entsprechen die Sektoren mit den höchsten Produktionszuwächsen weitgehend den Ergebnissen des ersten Szenarios. Den größten Produktionszuwachs im Vergleich zum Basisszenario kann hier wiederum der **Kraftfahrzeugbereich** erwarten (langfristig plus 9,3 Prozent, siehe Abb. 5.18 rechts). Die überdurchschnittlich hohen Produktionseffekte, die sich aus dem Abschluss neuer Freihandelsabkommen für das verarbeitende Gewerbe ergeben, setzen sich also in diesem kombinierten Szenario durch.

Abb. 5.18: Kurz- und langfristige Auswirkungen des Abschlusses neuer und der Vertiefung bestehender EU-Freihandelsabkommen für ausgewählte Sektoren in Deutschland, Angaben in Prozent



Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Abschließend ist festzustellen, dass es auch Branchen gibt, in denen wegen des Abbaus von Handelshemmnissen die Produktion zurückgeht – und damit i. d. R. auch die Beschäftigung. Die **stärksten Produktionsrückgänge** sind im Bereich der Rohstoffe bzw. bei landwirtschaftlichen Produkten zu erwarten:

- Werden die langfristigen Produktionsveränderungen im Fall des Abschlusses neuer Freihandelsabkommen betrachtet (**Szenario 1**), so gibt es besonders hohe Produktionseinbußen in den Bereichen Gas (minus 14,5 Prozent) und Öl (minus 8,8 Prozent). Hohe Rückgänge gibt es zudem in den Bereichen Wolle und Seidenkokons (minus 6,5 Prozent), Rindfleischprodukte (minus 5,9 Prozent) und Rinder, Schafe, Ziegen und Pferde (minus 5,8 Prozent).
- Bei der Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen (**Szenario 2**) fallen die Produktionseinbußen geringer aus. Zudem ändert sich die Reihenfolge der betroffenen Gütergruppe. Den stärksten Produktionseinbruch verzeichnet in diesem Szenario der Bereich Wolle und Seidenkokons (minus 7,4 Prozent). Es folgen die Bereiche Öl (minus 6,8 Prozent) und Gas (minus 6,0 Prozent). Die viert- und fünftgrößten Einbußen haben die Bereiche pflanzenbasierte Fasern (minus 4,7 Prozent) und Fischerei (minus 4,5 Prozent).

Grund für diese negativen Produktionsentwicklungen sind die Ausstattungen der an den Freihandelsabkommen beteiligten Volkswirtschaften mit Ressourcen. Deutschland ist im internationalen Vergleich ein relativ dicht besiedeltes Land mit relativ wenigen natürlichen Rohstoffen. Letzteres gilt insbesondere für fossile Energieträger. Der Produktionsfaktor Boden ist

daher knapp und somit relativ teuer. Im Bereich landwirtschaftlicher Produkte hat Deutschland daher einen Kostennachteil. Im Fall des Abbaus von Handelshemmnissen mit bodenreichen Volkswirtschaften ist folglich zu erwarten, dass Deutschland diese Produkte verstärkt **aus boden-** und **rohstoffreichen Ländern** importiert und die heimische Produktion reduziert. Stattdessen werden die vorhandenen Produktionsfaktoren in die Sektoren und Produktgruppen umgeleitet, bei denen das Land einen Kosten- und damit auch preislichen Wettbewerbsvorteil hat.

6 Einordnung der Simulationsergebnisse

Wie sind die berechneten wirtschaftlichen Effekte, allen voran die Auswirkungen auf das BIP, aus Sicht Deutschlands und der EU zu bewerten? Zur Beantwortung dieser Frage blicken wir auf zwei Aspekte: die Höhe der BIP-Effekte und die Wahrscheinlichkeit, dass die simulierten Szenarien auch tatsächlich umgesetzt werden. Letzteres betrifft sowohl die Anzahl der angenommenen Freihandelsabkommen als auch deren Tiefe.

6.1 Ausmaß der berechneten BIP-Effekte

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Globalisierung ein zentraler Treiber für das wirtschaftliche Wachstum ist (vgl. statt vieler Bertelsmann Stiftung 2020). So wurde beispielsweise im Jahresgutachten 2017/18 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit Blick auf die bis dahin erreichte Einbindung Deutschlands in den Welthandel festgestellt: „Ohne die Effekte der Handelsliberalisierung wäre das reale Einkommensniveau in Deutschland heute um schätzungsweise 22 % niedriger“ (SVR 2017: 314).

Die Integration Deutschlands und der EU in die Weltwirtschaft hat bereits einen hohen Grad erreicht. Das zeigt u. a. die große Zahl der Länder, mit denen die EU **Freihandelsabkommen** geschlossen hat. Zudem ist festzustellen, dass nach dem 2. Weltkrieg die **Zölle weltweit** spürbar reduziert wurden. Lagen sie 1947 im weltweiten Durchschnitt noch bei 40 Prozent, waren es Ende der 1990er-Jahre nur noch 3,8 Prozent (vgl. Busse 2001: 12 f.). Da Zölle somit ein (noch) relativ niedriges Niveau haben und die EU mit zahlreichen, z. T. auch großen und einkommensstarken Volkswirtschaften Freihandelsabkommen geschlossen hat, ist von weiteren **einzelnen Abkommen** generell nur noch ein moderater Wachstumseffekt zu erwarten. Das gilt selbst für Abkommen mit großen Industrienationen:

- Eine 2017 veröffentlichte Studie zu den ökonomischen Effekten eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und **Japan** kam zu folgenden Einschätzungen: In einem konservativen Abkommen, das sich weitgehend nur auf Zollsenkungen konzentriert, sind lediglich marginale langfristige Wachstumsimpulse zu erwarten. Bezogen auf das Basisjahr der Simulationsrechnungen (2014) läge der BIP-Zuwachs der EU langfristig bei 0,06 Prozent und für Deutschland bei 0,11 Prozent. Bei einem ambitionierten Abkommen, das zudem die nicht tarifären Handelshemmnisse zwischen der EU und Japan entsprechend dem Durchschnitt aller zum Zeitpunkt der Berechnungen existierenden

Freihandelsabkommen reduziert, wären höhere BIP-Effekte möglich. Die langfristigen BIP-Effekte wurden für die EU auf 0,29 Prozent und für Deutschland auf 0,68 Prozent geschätzt (vgl. Jungbluth et al. 2017: 2–4).

- Die EU und **Kanada** verhandelten ab 2009 ein umfassendes Freihandelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, kurz CETA). Im Oktober 2013 wurde ein 1.634 Seiten umfassender Vertragsentwurf vorgelegt. Die darin präsentierten Einigungen stellen ein umfassendes bilaterales Handelsabkommen dar, das weit über den bloßen Abbau von Zöllen und nicht tarifären Handelshemmnissen hinausgeht. Eine 2014 veröffentlichte Studie zu den ökonomischen Konsequenzen dieses Abkommens kam zu folgenden Einschätzungen: Langfristig würde das umfassende Abkommen das reale, also inflationsbereinigte, Einkommen sowohl in der EU-27 als auch in Deutschland um rund 0,2 Prozent erhöhen. Die bloße Abschaffung von Zöllen hätte hingegen kaum wahrnehmbare Effekte zur Folge: In Deutschland und in der EU läge der langfristige reale Einkommenszuwachs bei lediglich 0,01 Prozent (vgl. Aichele und Felbermayr 2014: 20–25).
- Die verschiedenen Schätzungen zu den Wachstumseffekten eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den **MERCOSUR**-Staaten berechnen langfristige BIP-Zuwächse, die für die EU ebenso wie für die EU-Mitgliedstaaten in den meisten Studien bei 0,1 Prozent und weniger liegen (vgl. Iglesias, Krpata und Kuss 2024: 17 f. und die dort angegebene Literatur sowie Hagemejer et al. 2021: 15 f.).

Die genannten Schätzungen verdeutlichen somit, dass, ausgehend von dem bisher erreichten Stand der internationalen Arbeitsteilung, Freihandelsabkommen der EU mit einzelnen Ländern oder auch mit wenigen Ländern nur begrenzte Wachstumseffekte haben. Zudem sind spürbare BIP-Effekte i. d. R. nur zu erwarten, wenn neben den tarifären auch die nicht tarifären Handelshemmnisse reduziert werden. Signifikante Wachstumseffekte sind also nur bei **ambitionierten Freihandelsinitiativen** zu erwarten.

In den hier durchgeführten Simulationsrechnungen bezieht sich das **hohe Ambitionsniveau** auf die große Anzahl der Länder, mit denen entsprechende Abkommen abgeschlossen werden, sowie im zweiten Szenario auf die Tiefe der Abkommen. Die langfristigen BIP-Effekte, die im Beispiel Deutschlands im weitgehendsten Szenario 3 bei knapp 0,7 Prozent liegen, treten also nur ein, wenn tatsächlich alle Abkommen gleichzeitig abgeschlossen bzw. vertieft werden. Wie (un)realistisch dies ist, wird im nächsten Abschnitt diskutiert.

Eine weitere **mögliche Vergleichsgröße** zur besseren Einordnung der hier berechneten Wachstumseffekte sind die BIP-Effekte, die die am 27. Juli 2025 zwischen der EU und den USA geschlossene Vereinbarung nach sich ziehen dürfte. Ein Element dieser Vereinbarung lautet, dass die meisten europäischen Exporte in die USA einseitig mit einem Zollsatz von 15 Prozent belegt werden. Einige Produkte wie z. B. Flugzeuge und Bauteile, bestimmte Chemikalien, Halbleiterausrüstungen, bestimmte landwirtschaftliche Produkte und natürliche Ressourcen sind zollfrei. Stahl und Aluminium werden in den USA mit einem Zollsatz von 50 Prozent belegt (vgl. ausführlicher Europäische Kommission 2025):

- Der kurzfristige BIP-Rückgang, der daraus resultiert, liegt nach Berechnungen mit dem KITE-Modell in der EU-27 bei 0,1 Prozent. Für Deutschland wird ein etwas stärkerer Rückgang in Höhe von 0,13 Prozent berechnet (vgl. IfW 2025b).
- Diese Rückgänge könnten rein rechnerisch durch den Abschluss der neuen Freihandelsabkommen im ersten Szenario mehr als ausgeglichen werden (kurzfristiger BIP-Effekt für die EU: plus 0,236 Prozent, kurzfristiger BIP-Effekt für Deutschland: plus 0,281 Prozent, siehe Anhang 1).

Eine weitere Relevanz hat die Höhe der berechneten BIP-Effekte, wenn es um die Frage geht, ob sich der **Verhandlungsaufwand** lohnt, der mit dem Abschluss neuer bzw. der Vertiefung bestehender Abkommen verbunden ist. Die Höhe dieses Verhandlungsaufwands lässt sich – zumindest in dieser Studie – nicht quantifizieren. An dieser Stelle ist lediglich der Hinweis wichtig, dass bei einer politischen Kosten-Nutzen-Analyse die **kumulierten BIP-Effekte** zu berücksichtigen sind. Der Ressourceneinsatz, der mit der Verhandlung eines Freihandelsabkommens verbunden ist, kann als eine einmalige Investition angesehen werden. Die ökonomischen Vorteile, die im Fall einer erfolgreichen Verhandlung zu erwarten sind, fallen jedoch dauerhaft an. Wenn also das BIP der EU durch den Abschluss der im ersten Szenario simulierten Freihandelsabkommen langfristig um rund 0,3 Prozent steigt, entspricht dies bezogen auf das BIP der EU des Jahres 2024 rund 54,4 Milliarden Euro. In den ersten zehn Jahren nach dem gleichzeitigen Inkrafttreten aller Abkommen mit 26 Ländern würde das also kumuliert zu einem BIP-Zuwachs in Höhe von 544 Milliarden führen. Der Wert der erforderlichen Verhandlungsanstrengungen darf also nicht nur in Relation zu dem 0,3-prozentigen jährlichen BIP-Zuwachs gesetzt werden, sondern auch zu den kumulierten Zuwächsen.

Des Weiteren ist noch darauf hinzuweisen, dass die berechneten BIP-Effekte – vom Betrag her – eine **untere Grenze** der insgesamt zu erwartenden ökonomischen Vorteile darstellen:

- Die Simulationsrechnungen geben an, wie sich Produktion und BIP in Deutschland und der EU dadurch verändern, dass Zölle und ggf. auch nicht tarifäre **Handelshemmnisse abgebaut** werden. Aus der damit verbundenen Reduzierung der Kosten der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung ergeben sich die im vierten Abschnitt skizzierten positiven Wachstumsimpulse.
- Wie in Box 1 im ersten Abschnitt erläutert, haben Freihandelsabkommen weitere positive ökonomische Effekte. Sie können beispielsweise die **Versorgungssicherheit** mit Energie, Rohstoffen und Vorleistungen aus dem Ausland erhöhen und somit die **Lieferkettenresilienz** steigern. Auch das kann einen wachstumserhöhenden Effekt haben: Wenn beispielsweise in Deutschland die Unternehmen deshalb weniger Ressourcen aufwenden müssen, um sich gegen drohende Ausfälle von importierten Vorleistungen abzusichern, reduziert das ihre Produktionskosten. Die damit einhergehenden möglichen Preissenkungen steigern die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und verbessern so ihre Exportchancen. Sinkende Güterpreise erhöhen zudem die Kaufkraft der Verbraucher:innen, was über eine steigende Konsumgüternachfrage die heimische Produktion zusätzlich erhöhen kann. Schließlich steigert eine höhere Versorgungssicherheit die Standortattraktivität eines Landes, was die Investitionstätigkeiten ankurbelt. Dies alles führt zu einem höheren Wirtschaftswachstum, das jedoch im Rahmen des hier verwendeten Simulationsmodells nicht abgebildet werden kann. Die tatsächlichen Wachstumseffekte der

hier simulierten Freihandelsabkommen dürften also höher ausfallen als die ausgewiesenen berechneten Ergebnisse.

Schließlich sind auch die Effekte zu berücksichtigen, die jenseits einer Stärkung des Wirtschaftswachstums zu erwarten sind. Das betrifft vor allem die Stärkung der **geopolitischen Position** der EU sowie die Verstärkung des in Box 1 erwähnten **Brüssel-Effekts**. Diese Vorteile lassen sich schwer in Geldeinheiten ausdrücken. Dennoch sollten sie bei der abschließenden Bewertung der Vorteilhaftigkeit des Abschlusses neuer bzw. der Vertiefung bestehender Freihandelsabkommen berücksichtigt werden.

6.2 Realisierungschancen der angenommenen Szenarien

Wie in Box 2 erwähnt, sind sowohl der Abschluss neuer als auch die Vertiefung bestehender Freihandelsabkommen der EU mit einem hohen Aufwand verbunden. Das betrifft sowohl die Dauer der Verhandlungen als auch den dafür erforderlichen personellen Aufwand. Beides bezieht sich neben den Verhandlungen zwischen der EU und den beteiligten Partnerländern auch auf die Abstimmungsprozesse **innerhalb der EU**. So gibt es in **Deutschland** und **Frankreich** z. T. sehr unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Ausgestaltung europäischer Freihandelsabkommen, um nur ein Beispiel zu nennen (vgl. Iglesias, Krpata und Kuss 2024: 6 f.):

- Deutschland hat wegen der hohen Exportorientierung der heimischen Wirtschaft eine hohe Präferenz für den Abbau von Handelshemmnissen und daher auch ein hohes Interesse am Abschluss neuer Freihandelsabkommen. Frankreich setzt sich hingegen stärker für einen Schutz des europäischen Binnenmarktes vor ausländischer Konkurrenz ein, allen voran im Bereich der Landwirtschaft.
- Um die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken und sowohl Import- als auch Exportabhängigkeiten zu reduzieren, setzt sich Deutschland u. a. für eine Diversifizierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen ein. Frankreich baut hingegen mehr auf handelspolitische Schutzinstrumente sowie eine Verlagerung von Produktionsschritten ins Inland, um so Importabhängigkeiten vom Ausland zu reduzieren.

Diese unterschiedlichen Einstellungen zur Ausgestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen der EU bremsen das Tempo bei Verhandlungen über neue bzw. die Vertiefung bestehender Freihandelsabkommen.

Eine weitere Hürde für den Abschluss oder die Vertiefung von Freihandelsabkommen der EU ist, dass die Aufnahme bzw. Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung in allen Volkswirtschaften für einzelne Sektoren, Branchen und Personengruppen negative Beschäftigungs- und Einkommenseffekte haben kann (vgl. Stolper und Samuelson 1941). Dies ist beispielsweise der Fall, wenn hoch entwickelte Industrienationen wie Deutschland und die USA ihre Grenzen für Produkte aus **Niedriglohnländern** öffnen. Werden arbeitsintensiv produzierte Güter aus Ländern mit niedrigen Löhnen importiert, kann das zulasten der Beschäftigten in den Hochlohnländern gehen. Dieses Phänomen ist insbesondere für die USA dokumentiert. Dort zeigt sich z. B. für den Zeitraum von 1990 bis 2007, dass in den Regionen, in denen es überdurchschnittlich hohe Importe aus China gab, negative Arbeitsmarkteffekte festzustellen waren. Die Importkonkurrenz führte in den

betroffenen Regionen zu Rückgängen bei der Beschäftigung, den Löhnen und damit auch den durchschnittlichen Haushaltseinkommen (vgl. Autor, Dorn und Hansen 2013: 2159). Betroffen waren vor allem die gering qualifizierten Arbeitskräfte in den Sektoren Bekleidung bzw. Textilien, Schuhindustrie sowie Computer- und Elektronikteile (vgl. Ritter und Ulrich 2025: 2). Auch für Deutschland sind diese Arbeitsmarkteffekte, die sich aus einer zunehmenden Konkurrenz mit Produkten aus China und Osteuropa ergeben, empirisch belegt, wobei das Ausmaß der Arbeitsmarkteffekte jedoch weniger stark ausgeprägt ist als in den USA. Ein Grund dafür ist der Umstand, dass die Produkte deutscher Anbieter – und das gilt auch für viele andere europäische Anbieter – häufig höherwertige Produkte sind, die weniger gut durch günstige chinesische Massenwaren ersetzt werden können. Dennoch gibt es auch in Deutschland Regionen, für die der Importdruck aus diesen Niedriglohnländern negative Arbeitsmarkteffekte nach sich gezogen hat. Dazu gehören u. a. das Ruhrgebiet (Schwerindustrie), die Pfalz (Textil) und Oberfranken (Elektroartikel) (vgl. Südekum, Dauth und Findeisen 2017: 26).

Die Angst vor diesen negativen Arbeitsmarkteffekten ist ein Grund für entwickelte Industrienationen, Freihandelsabkommen mit weniger entwickelten arbeitsreichen Volkswirtschaften skeptisch gegenüberzustehen. Die gleiche Argumentation gilt mit Blick auf alle anderen Produktionsfaktoren. Länder, die über große Bodenflächen verfügen, haben einen Kostenvorteil bei der Herstellung landwirtschaftlicher Produkte. Länder mit einer im internationalen Vergleich hohen Bevölkerungsdichte können als relativ bodenarm bezeichnet werden. Sie haben i. d. R. relativ hohe Produktionskosten für viele landwirtschaftliche Produkte und daher häufig kein Interesse daran, dass die heimischen Agrarmärkte für ausländische Anbieter mit geringeren Produktionskosten geöffnet werden. Das erschwert den Abschluss weitreichender Freihandelsabkommen.

Das **hohe Ambitionsniveau** der hier simulierten Freihandelsinitiative hat also den Vorteil, dass höhere Wachstumsimpulse zu erwarten sind als im Fall des Abschlusses einiger weniger Abkommen. Das hat aber auch einen Preis: Die **Realisierungschancen** sind geringer. Dies gilt insbesondere für die Vertiefung der bestehenden EU-Freihandelsabkommen, also Szenario 2 und damit auch Szenario 3: Eine Anhebung aller bestehenden Abkommen auf das Niveau des Abkommens zwischen der EU und Südkorea ist letztendlich nicht realistisch. Hinzu kommt der zeitliche Aspekt. Eine gleichzeitige Umsetzung aller in den Szenarien betroffenen Abkommen ist nicht zu erwarten.

Trotz dieser **Restriktionen** hinsichtlich der **politischen Umsetzbarkeit** der Szenarien geben die Berechnungen einen Orientierungsrahmen hinsichtlich der langfristig möglichen Potenziale einer umfassenden EU-Freihandelsinitiative.

6.3 Schlussfolgerungen

Die Umsetzung der hier angenommenen Szenarien ist **außerordentlich voraussetzungsvoll**. Der im dritten Szenario für Deutschland errechnete langfristige Wachstumseffekt von rund 0,7 Prozent tritt nur ein, wenn die EU gleichzeitig alle neuen Abkommen mit 26 Ländern schließt und zudem gleichzeitig alle bereits bestehenden Abkommen auf das hohe Niveau des Abkommens zwischen der EU und Südkorea bringt. Realistischerweise wird dies nicht geschehen.

Welche der hier angenommen Handelserleichterungen in welchen Zeiträumen realisiert werden können, lässt sich nicht seriös vorhersagen. Das hängt u. a. von den **Opportunitätskosten** ab:

- Wenn es alternative Handlungsoptionen für die EU gibt, die **rasche**, **signifikante** und zudem **sichere** Wachstumseffekte generieren können, wäre es für die EU sinnvoller, die Umsetzung der dafür erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen voranzutreiben. Der Abschluss neuer bzw. die Vertiefung bestehender Abkommen wird dadurch unwahrscheinlicher.
- Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass es im Fall einer weltweiten **Zunahme protektionistischer Maßnahmen** für die exportorientierte EU immer wichtiger wird, alternative ausländische Märkte zu erschließen – sowohl als Absatzmarkt als auch als Beschaffungsmarkt für essenzielle Rohstoffe und Einzelteile. Das wiederum erhöht den ökonomischen Wert neuer oder vertiefter Freihandelsabkommen – und damit möglicherweise auch die Bereitschaft aller beteiligten Länder, Kompromisse bei Streitpunkten einzugehen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Freihandelsabkommen geschlossen oder vertieft werden.

Unter Berücksichtigung der Realisierungschancen der hier simulierten Freihandelsszenarien lassen sich **unserer Einschätzung** nach folgende Schlussfolgerungen festhalten:

- Realistischerweise werden der Abschluss neuer und die Vertiefung bestehender Freihandelsabkommen **lediglich moderate direkte** Wachstumseffekte haben, weil viele der hier simulierten Handelserleichterungen wegen politischer Widerstände aufseiten der EU und der involvierten Handelspartner nicht umgesetzt werden können.
- Wegen der skizzierten Hürden bei der politischen Umsetzung ist zudem **keine rasche Umsetzung** zu erwarten. Für ein schnell wirkendes Konjunkturprogramm eignen sich Freihandelsabkommen daher nicht.
- Maßnahmen zum Abbau von Handelshemmnissen sollten jedoch **nicht vollkommen vernachlässigt** werden. Selbst wenn nur die Hälfte des kurzfristigen Wachstumsimpulses des ersten Szenarios (Abschluss neuer Freihandelsabkommen) realisierbar wäre, würde das die kurzfristigen BIP-Einbußen, die die Ende Juli 2025 geschlossene Vereinbarung zwischen der EU und den USA für die EU bedeuten dürfte, mehr als ausgleichen.

Bei der Beantwortung der Frage, ob sich der Verhandlungsaufwand für neue oder vertiefte Freihandelsabkommen für die EU lohnt, sind neben den Wachstumsimpulsen auch die **geopolitischen Aspekte** dieser Abkommen zu berücksichtigen, also die erhöhte Versorgungssicherheit mit Energie und Rohstoffen, die gesteigerte Lieferkettenresilienz und die Stärkung der geopolitischen Position der EU.

Falls die EU beispielsweise in der **Reduzierung** ihrer **Importabhängigkeit** bei essenziellen Rohstoffen einen größeren Wert von Freihandelsabkommen sehen sollte, ist der erwartete Wachstumseffekt, der sich aus dem Abbau von tarifären und nicht tarifären Handelshemmnissen ergibt, weniger relevant. Stattdessen gewinnen die Rohstoffvorkommen der potenziellen neuen Handelspartner an Bedeutung. Um die Relevanz von neuen oder vertieften Freihandelsabkommen bewerten zu können, müsste der Fokus der Analyse auf den Rohstoffbedarfen und grenzüberschreitenden Rohstoffströmen liegen. Deutschland und die EU müssten also zunächst analysieren, welche Rohstoffe bzw. rohstoffhaltigen Vorprodukte für die Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und

Gesellschaft essenziell sind. Anschließend müsste untersucht werden, welche Länder für die Lieferung dieser Rohstoffe besonders relevant sind. Das betrifft sowohl die aktuellen Produktionsmengen und Rohstofflieferungen (Rohstoffströme) als auch die identifizierten Rohstoffvorkommen (Rohstoffbestände). Die Betrachtung der Rohstoffbestände ist für die langfristige Betrachtung wichtig. Dabei ist zudem zu untersuchen, wie groß die Gefahr ist, das einzelne Länder plötzlich oder allmählich als Lieferant ausfallen (vgl. ausführlicher Bähr et al. 2024: 20–25).

Um kritische Importabhängigkeiten zu reduzieren, die gegenwärtig vor allem mit Blick auf China bestehen, bietet es sich anschließend an, alternative Zuliefererländer zu identifizieren und mit ihnen **Freihandelsabkommen** oder auch nur **Rohstoffabkommen** bzw. **strategische Rohstoffpartnerschaften** zu schließen. Im Rahmen von Rohstoffabkommen bzw. -partnerschaften sichert sich die EU den langfristigen Zugang zu relevanten Rohstoffimporten und erhöht so die Versorgungssicherheit. Im Gegenzug unterstützt sie die wirtschaftliche Entwicklung in den beteiligten Partnerländern, vor allem durch die Bereitstellung finanzieller Mittel, die dann u. a. dem Infrastrukturaufbau in den Partnerländern dienen (vgl. ausführlicher Korn, Gohla und Dünhaupt 2024 sowie Kuhn 2025). Aktuell gibt es **14 Absichtserklärungen** zwischen der EU und anderen Ländern über strategische Rohstoffpartnerschaften. Diese Länder sind Argentinien, Australien, Chile, Grönland, Kanada, Kasachstan, die Demokratische Republik (DR) Kongo, Namibia, Norwegen, Ruanda, Sambia, Serbien, die Ukraine und Usbekistan (vgl. Kuhn 2025: 511). Rohstoffpartnerschaften und die damit verbundenen Verträge können auch von der Bundesregierung für Deutschland verhandelt und geschlossen werden (vgl. Dahlmann und Mildner 2013: 4).

Eine Bewertung der Vorteilhaftigkeit von Freihandels- oder Rohstoffabkommen mit den in den drei Szenarien betrachteten Ländern sprengt jedoch den Analyserahmen dieser Studie. Daher sind auf Basis dieser Studie **keine Aussagen** dahin gehend möglich, welchen konkreten Beitrag die in Szenarien simulierten Freihandelsabkommen zur Versorgungssicherheit der EU mit relevanten Rohstoffen bzw. rohstoffhaltigen Vorprodukten leisten können. Allerdings sind beispielsweise im ersten Szenario mit Brasilien, Australien, Indien, Indonesien und den Philippinen eine Reihe von Ländern mit hohen Reserven strategischer Rohstoffe dabei (vgl. Kuhn 2025: 509 f.). Dies gilt insbesondere für **seltene Erden**. Anfang 2025 betrug das geschätzte Volumen der weltweit vorhandenen Reserven rund 90 Millionen Tonnen. Brasilien ist mit rund 21 Millionen Tonnen nach China (44 Millionen Tonnen) das Land mit den zweitgrößten geschätzten Reserven an seltenen Erden. Es folgen Indien (6,9 Millionen Tonnen) und Australien (5,7 Millionen Tonnen). In Vietnam werden entsprechende Vorkommen in Höhe von 3,5 Millionen Tonnen vermutet. Weitere Länder, die im ersten Szenario enthalten sind und über Seltene-Erden-Ressourcen verfügen, sind Thailand, Nigeria und Malaysia (vgl. U.S. Geological Survey 2025: 145). Das bedeutet, dass Freihandelsabkommen mit diesen Ländern einen Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssicherheit Deutschlands und der EU mit kritischen Rohstoffen leisten können.

Executive Summary

US tariff policy is dampening economic growth in Germany and many other export-oriented EU economies. In response to Washington's protectionist stance, the EU has sought to strengthen trade ties with other regions by **signing new free trade agreements** and **deepening existing ones**.

To estimate the potential growth effects of a **comprehensive EU free trade initiative**, the Kiel Institute for the World Economy conducted simulations for the Bertelsmann Stiftung. Three scenarios were examined: The **first scenario** considers the conclusion of new free trade agreements with 26 countries across Asia, South America and Africa, as well as Australia. The **second scenario** simulates the economic consequences of deepening the existing free trade agreements that the EU currently has with 47 countries to the level of the EU–South Korea agreement. The **third scenario** combines the first two scenarios.

The simulations model the potential impact of expanded cross-border trade on real gross domestic product (GDP). Results show that, in both the short and long term, GDP would rise in all 27 EU member states. For **Germany,** GDP would increase by about 0.3% in the first scenario within one year – equivalent to roughly €12 billion based on 2024 GDP levels. Deepening existing agreements would generate slightly stronger short-term growth of 0.36%, or around €13 billion. The combined scenario delivers the strongest stimulus: in the longer term – after roughly five years – German GDP would be nearly 0.7% higher, corresponding to an increase of about €25 billion.

Similar figures were calculated for the **EU**. In the long term, the EU's GDP would be around 0.3% higher in the first two scenarios (an increase of 0.3% in the first scenario and 0.33% in the second). In the third scenario, the figure rises to just over 0.6%. Based on the EU's 2024 GDP, this corresponds to a long-term increase of nearly €114 billion.

However, it should be emphasized that these scenarios are illustrative rather than prescriptive. They are designed to demonstrate potential effects, not to serve as a blueprint for EU trade policy. Concluding new free trade agreements and deepening existing ones would require considerable investments of **time** and administrative capacity – both in negotiations with partner countries and within the EU's own institutional processes. Persistent political obstacles should also be taken into account.

While such an ambitious scenario would yield higher growth benefits, its feasibility remains limited. This is especially true for scenarios 2 and 3, which assume that all existing EU agreements could be upgraded to the depth of the EU–South Korea deal – a prospect that is not realistic in practice. Moreover, the simulations assume that all agreements would be implemented simultaneously, which is not achievable in reality. Despite these **constraints**, the modelling provides a useful framework for assessing the long-term potential of a comprehensive EU free trade initiative.

Taking into account the likelihood of the simulated free trade scenarios being realised, three main **conclusions** can be drawn:

- In practice, both the signing of new free trade agreements and the deepening of existing ones are likely to have only **a moderate direct impact** on growth. Many of the trade liberalisation

measures simulated here are unlikely to be implemented due to political hurdles within the EU and among its trading partners.

- Given these political hurdles, **rapid implementation** cannot be expected. Free trade agreements are therefore not suitable as a short-term economic stimulus measure.
- Efforts to reduce trade barriers should nonetheless **remain a priority**. Even if only half of the short-term growth effect projected in the first scenario (conclusion of new free trade agreements) were achieved, it would more than offset the short-term GDP losses likely to result from the EU–US agreement concluded in late July 2025.

When weighing the potential costs and benefits of negotiating new or deeper EU free trade agreements, it is important to consider their **geopolitical implications**. These include greater security of supply for energy and raw materials, enhanced supply chain resilience, and a stronger geopolitical position for the EU.

Anhang

Anhang 1: BIP-Effekte in der kurzen Frist

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Basisszenario, Angaben in Prozent

Land/Region	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
EU-27	0,236	0,312	0,547
Eurozone	0,243	0,311	0,552
Belgien	0,459	0,433	0,892
Bulgarien	0,197	0,753	0,949
Tschechien	0,353	0,355	0,705
Dänemark	0,177	0,309	0,486
Deutschland	0,281	0,306	0,586
Estland	0,256	0,372	0,628
Finnland	0,223	0,199	0,422
Frankreich	0,129	0,230	0,359
Griechenland	0,123	0,332	0,455
Irland	0,255	0,690	0,944
Italien	0,207	0,236	0,441
Kroatien	0,094	0,348	0,442
Lettland	0,211	0,409	0,620
Litauen	0,141	0,356	0,497
Luxemburg	0,204	0,709	0,914
Malta	0,325	0,706	1,031
Niederlande	0,477	0,393	0,868
Österreich	0,189	0,297	0,485
Polen	0,166	0,250	0,416
Portugal	0,207	0,247	0,454
Rumänien	0,085	0,328	0,414
Schweden	0,212	0,335	0,546
Slowakei	0,412	0,314	0,723
Slowenien	0,372	0,865	1,234
Spanien	0,221	0,317	0,536
Ungarn	0,254	0,325	0,578
Zypern	0,120	0,542	0,657
UK	- 0,005	0,624	0,619
Norwegen	- 0,023	1,436	1,411
Schweiz	- 0,030	1,746	1,714
Türkei	0,001	0,696	0,696
China	- 0,014	- 0,012	- 0,025
Indien	0,138	0,002	0,140
Japan	- 0,008	- 0,004	- 0,012
Südkorea	- 0,018	- 0,030	- 0,048
Australien	0,151	- 0,010	0,142
Kanada	- 0,004	0,002	- 0,003
USA	- 0,001	0,002	0,002
Mexiko	- 0,015	0,232	0,217
Brasilien	0,075	- 0,008	0,067
Argentinien	0,103	0,003	0,106
Nigeria	0,260	- 0,005	0,255
Ghana	0,340	0,022	0,362
Welt	0,055	0,110	0,165

Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Anhang 2: BIP-Effekte in der langen Frist

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Basisszenario, Angaben in Prozent

Land/Region	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
EU-27	0,303	0,333	0,634
Eurozone	0,308	0,332	0,637
Belgien	0,628	0,471	1,097
Bulgarien	0,239	0,836	1,073
Tschechien	0,459	0,376	0,828
Dänemark	0,209	0,328	0,538
Deutschland	0,360	0,324	0,681
Estland	0,322	0,413	0,733
Finnland	0,273	0,214	0,485
Frankreich	0,153	0,244	0,396
Griechenland	0,160	0,379	0,537
Irland	0,304	0,737	1,038
Italien	0,264	0,252	0,514
Kroatien	0,125	0,375	0,499
Lettland	0,240	0,451	0,691
Litauen	0,164	0,395	0,561
Luxemburg	0,247	0,798	1,046
Malta	0,417	0,784	1,202
Niederlande	0,609	0,418	1,023
Österreich	0,223	0,322	0,543
Polen	0,204	0,267	0,470
Portugal	0,260	0,268	0,528
Rumänien	0,112	0,352	0,466
Schweden	0,368	0,361	0,725
Slowakei	0,599	0,327	0,920
Slowenien	0,486	0,962	1,440
Spanien	0,282	0,343	0,620
Ungarn	0,377	0,359	0,733
Zypern	0,027	0,211	0,220
UK	- 0,009	0,656	0,646
Norwegen	- 0,051	1,581	1,521
Schweiz	- 0,046	1,950	1,897
Türkei	0,002	0,788	0,787
China	- 0,026	- 0,017	- 0,043
Indien	0,220	- 0,003	0,215
Japan	- 0,014	- 0,006	- 0,020
Südkorea	- 0,026	- 0,036	- 0,062
Australien	0,183	- 0,012	0,171
Kanada	- 0,007	- 0,001	- 0,007
USA	- 0,002	0,000	- 0,002
Mexiko	- 0,017	0,256	0,239
Brasilien	0,124	- 0,011	0,114
Argentinien	0,186	0,002	0,188
Nigeria	0,299	- 0,008	0,290
Ghana	0,377	0,018	0,394
Welt	0,070	0,117	0,187

Quelle: Hinz, Mahlkow und Wanner 2025.

Anhang 3: BIP-Effekte für Deutschland und die EU in Euro

Für eine Abschätzung der BIP-Zuwächse, die sich kurz- und langfristig für Deutschland und die EU ergeben könnten, wenn die EU neue Freihandelsabkommen beschließt und/oder bestehende Abkommen vertieft, werden die in den Anhängen 1 und 2 berechneten prozentualen BIP-Zuwächse auf das BIP des Jahres 2024 bezogen. In Deutschland erreichte das BIP 2024 einen Wert von 4.305,26 Milliarden Euro (vgl. Statistisches Bundesamt 2025a). Der Wert für die EU-27 lag bei 17.941,89 Milliarden Euro (vgl. Eurostat 2025b).

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Basisszenario, Angaben in Milliarden Euro

Land/Region	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
Kurze Frist			
Deutschland	12,1	13,2	25,2
EU-27	42,3	56,0	98,1
Lange Frist			
Deutschland	15,5	13,9	29,3
EU-27	54,4	59,7	113,8

Quelle: Eigene Berechnungen.

Literatur

Aichele, Rahel, und Gabriel Felbermayr (2014): „CETA: Welche Effekte hat das EU-Kanada-Freihandelsabkommen auf Deutschland?“. *ifo Schnelldienst* (67), Ausgabe 24/2014. 20–30.

Autor, David H., David Dorn und Gordon H. Hanson (2013): „The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States“. *American Economic Review* (103). 2121–2168.

Bähr, Cornelius, Manuel Fritsch, Luis Tercero Espinoza, Hilmar Klink, Fabian Meeßen, Denis Stijepic und Benta Zink (2024): *Kritisch für die Wertschöpfung – Rohstoffabhängigkeit der deutschen Wirtschaft*. Studie im Auftrag der KfW Bankengruppe. Köln.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020): *Globalisierungsreport 2020 – Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung?* Gütersloh.

Bundesamt für Statistik (2024): *Die Bevölkerung der Schweiz im Jahr 2023*. Neuchâtel.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (o. J.): *Das Freihandelsabkommen EU-Japan* (https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/freihandelsabkommen-japan.html).

Busse, Matthias (2001): „Transaktionskosten und Wettbewerbspolitik“. *HWWA Discussion Paper* No. 116. Hamburg.

Dahlmann, Anja, und Stormy-Annika Mildner (2013): „Deutschlands Rohstoffpartnerschaften: Modell mit Zukunftscharakter?“. *Analysen & Argumente* (Ausgabe 137). Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin.

Dür, Andreas, Leonardo Baccini und Manfred Elsig (2014): „The Design of International Trade Agreements: Introducing a New Database“. *The Review of International Organizations* (9). 353–375, Version 2.2 (2023).

Europäische Kommission (2025): „Das Handelsabkommen EU-USA auf einen Blick“. *Europäische Kommission – Fragen und Antworten* (29.7.2025). Brüssel (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/qanda_25_1930/QANDA_25_1930_DE.pdf).

Eurostat (2025a): *Key Figures on the EU in the World – 2025 Edition*. Luxemburg.

Eurostat (2025b): *Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen*. Letzte Änderung am 9.7.2025 (11:00 Uhr) (https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tec00001/default/table).

Felbermayr, Gabriel, Katrin Kamin, Sonali Chowdhry, Julian Hinz, Anna-Katharina Jacobs, Sandra Kill und Alexander Sandkamp (2021): *Perspektiven einer erfolgreichen europäischen Handelspolitik im Kontext geopolitischer Herausforderungen*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. Kiel.

Hagemejer, Jan, Andreas Maurer, Bettina Rudloff, Peter-Tobias Stoll, Stephen Woolcock, Andréia Costa Vieira, Kristina Mensah und Katarzyna Sidło (2021): Trade aspects of the EU-Mercosur Association Agreement – Study requested by the INTA committee. Brüssel.

Hinz, Julian, Hendrik Mahlkow und Joschka Wanner (2025): *The KITE Model Suite: A Quantitative Framework for International Trade Analysis*. Bielefeld, Kiel, Wien, Würzburg.

IfW (Institut für Weltwirtschaft) (2025a): „Neue US-Zölle treffen vor allem die USA selbst". *Medieninformation vom 3.4.2025* (https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/neue-us-zoelle-treffen-vor-allem-die-usa-selbst/).

IfW (Institut für Weltwirtschaft) (2025b): „EU-USA-Zolldeal gefährdet regelbasierten Welthandel". *Statement vom 28.5.2025* (https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/eu-usa-zolldeal-gefaehrdet-regelbasierten-welthandel/).

Iglesias, Simon, Marie Krpata und Ana Helena Palermo Kuss (2024): „Zwischen ‚strategischer Autonomie' und ‚Zeitenwende': Die Bedeutung des Handels zwischen der EU und Mercosur". *IW-Policy Paper* 8/2024. Köln.

Jungbluth, Cora, Gabriel Felbermayr, Fukunari Kimura, Toshihiro Okubo, Marina Steininger und Erdal Yalcin (2017): „EU-Japan: Freihandelsabkommen als Bekenntnis zu wirtschaftlicher Kooperation". *Policy Brief Zukunft Soziale Marktwirtschaft #2017/01*. Gütersloh.

Korn, Franziska, Vera Gohla und Petra Dünhaupt (2024): *Rohstoffpartnerschaften – Spannungsfeld zwischen Menschenrechten, Transformation und wirtschaftlicher Souveränität*. Bonn.

Kuhn, Britta (2025): „Strategische Rohstoffe in der EU: Was bringen die Partnerschaften mit Drittländern?". *Wirtschaftsdienst* (105). 505–511.

Langhammer, Rolf J. (1980): „Effekte der Handelsschaffung und Handelsumlenkung". *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* (9). 75–76.

Ritter, Christoph, und Katrin Ulrich (2025): „Internationaler Wettbewerb im Wandel: Konkurrenz zwischen China und Deutschland auf EU-Märkten". *KfW Research – Fokus Volkswirtschaft*. Frankfurt am Main.

Statistisches Bundesamt (2025a): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Bruttoinlandsprodukt (BIP)*. Stand: 23.5.2025 (https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/bip-bubbles.html).

Statistisches Bundesamt (2025b): „Bevölkerung im Jahr 2024 um 100.000 Menschen gewachsen". *Pressemitteilung Nr. 030 vom 23.1.2025*. Wiesbaden.

Stoll, Peter-Tobias (2025): „Die Freihandelsabkommen der EU – Neue Herausforderungen und Potentiale". *SWP-Studie 9*. Berlin.

Stolper, Wolfgang F., und Paul A. Samuelson (1941): „Protection and Real Wages". *The Review of Economic Studies* (9). 58–73.

Südekum, Jens, Wolfgang Dauth und Sebastian Findeisen (2017): „Verlierer(-regionen) der Globalisierung in Deutschland: Wer? Warum? Was tun?". *Wirtschaftsdienst* (97). 24–31.

SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2017): *Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik – Jahresgutachten 2017/18*. Wiesbaden.

U.S. Geological Survey (2025): *Mineral Commodity Summaries 2025 – Version 1.2, March 2025*. Reston.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Thieß Petersen
Senior Advisor
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Telefon +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de
https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/zukunftsstandort-deutschland

Etienne Höra
Project Manager
Europas Zukunft
Telefon +49 5241 81-81197
etienne.hoera@bertelsmann-stiftung.de
https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/noweurope